

12/2
K
J

Die „Volkswocht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Wapenstraße 5/6,
und durch Adresskarten zu beziehen.
Preis 12 Pfennige W. R. 50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen W. R. 50,
post aus Haus W. R. 2.99,
wo keine Post am Orte, W. R. 3.24.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur
für die redaktionelle Leitung
aber deren Name ist die
Verantwortung für die
Redaktion nicht zu übernehmen.
15 Pfennige
Preise für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 36.

Breslau, Mittwoch, den 12. Februar 1913.

24. Jahrgang.

10 : 16.

Zehn zu Sechzehn! Seit den Erklärungen der Staatssekretäre v. Tirpitz und v. Jagow in der Budgetkommission des Reichstages beschäftigt sich die ganze Welt mit dieser verheißungsvollen und, wie es manchen scheinen will, erlösenden Formel. Noch vor wenigen Jahren hat die deutsche Regierung mit größter Bestimmtheit erklärt, daß sie sich auf ein Rüstungsabkommen mit England nicht einlassen werde, daß dieses Abkommen an hundert Schwierigkeiten, vor allem an der Unmöglichkeit, eine mathematische Ausdrucksformel dafür zu finden, scheitern müsse. Jetzt erklärt sich die Regierung aber mit dem Vorschlage des englischen Marineministers einverstanden, sie erkennt die Ueberlegenheit Englands zur See an und scheint bereit, in eine Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen auf Grundlage der von Churchill vorgeschlagenen Formel 10 : 16 einzutreten.

Man hat in der Öffentlichkeit die Erklärungen der Regierungsvertreter vielfach so verstanden, als ob ein Abkommen über den Rüstungsstillstand zwischen Deutschland und England tatsächlich schon abgeschlossen sei. Wahrscheinlich aber ist jener Teil der Presse recht unterrichtet, der dieser Annahme entgegentritt. Mehr als ein theoretisches Anerkenntnis des englischen guten Willens und die Ankündigung, ihm entgegenzukommen zu wollen, war in der Rede des Marine-Sekretärs kaum enthalten.

Die Regierung bereitet sich vor, die Militärmacht des Reiches zu Lande erheblich zu vergrößern. Was sie für die Flotte will, ist ihr im Vorjahre schon bewilligt worden. Darum kann ihr eine Entlastung nach der maritimen Seite für den Augenblick nur willkommen sein. Sie will einstuftweise nicht mehr Schiffe bauen, als das zurzeit geltende Flottenprogramm vorseht, weil sie ihre Kraft auf eine Verstärkung des Landheeres konzentrieren will. Der Sieg der Vernunft ist also höchstens ein sehr teilweiser, und das Entgegenkommen der deutschen Regierung an die englischen Wünsche entspringt Erwägungen, die von den Machtkräften der internationalen sozialdemokratischen Politik sehr erheblich abweichen.

Trotzdem sind die Erklärungen der deutschen Regierung erfreulich. Nicht weil sie das Zugeständnis enthalten, daß eine Begrenzung der Rüstungen auf Grund einer bestimmten Zahlenposition möglich ist. Ein solches Zugeständnis würde zuviel sagen, um befriedigend zu sein; denn tatsächlich besteht ja eine solche allgemeine Möglichkeit nicht; sie besteht nicht zwischen Staaten, die einander feindlich sind und einander mißtrauen; sie besteht nur zwischen Mächten, die zu einander Vertrauen hegen und nicht mit der Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges zwischen einander rechnen.

Dies war aber im Streit um die Rüstungseinschränkung in der Tat der springende Punkt. Die Anhänger sagten: „Wir halten das Abkommen für möglich“, und sie fügten laut hinzu: „Wir wollen ein Verhältnis des Friedens und des Vertrauens mit England“. Die Gegner aber erklärten: „Das Abkommen ist unmöglich“ und dachten dabei im Stillen: „Ueber heut oder morgen kommt es doch zur Auseinandersetzung mit England, da wollen wir uns nicht die Hände binden lassen“. Und so ist die veränderte Stellungnahme der deutschen Regierung keine Verbesserung ihrer theoretischen Erkenntnis, sondern, was wertvoller ist, ein Zeichen dafür, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England gebessert haben.

Man wird auch jetzt nicht mit Dingen- und Gohlmäßen kommen dürfen, um abzumessen, wie sich die beiden Flotten zu einander verhalten und wer noch ein paar Tonnen dazu bauen muß, damit die Rechnung 10 : 16 auch wirklich stimmt. Ob sie stimmt oder nicht stimmt, darüber würde sich, wenn die Absicht dazu vorhanden wäre, immer streiten lassen, aber zurzeit fehlt eben die Absicht zu streiten. Man will nicht messen und um Kontingente feilschen, sondern man nimmt an, daß keiner der beiden Staaten den Krieg gegen den anderen vorbereitet und richtet sich auf beiden Seiten entsprechend ein. Das ist der Erfolg, der durch ein deutsch-englisches Abkommen erreicht werden kann, ob er schon erreicht und auf längere Zeit gesichert ist, darüber weiß man freilich leider nichts Bestimmtes.

Hätte die deutsche Regierung, wogegen sie von der Sozialdemokratie immer wieder aufgefordert worden ist, schon früher eine ähnliche Haltung eingenommen wie jetzt, so hätten das deutsche und das englische Volk Milliarden sparen können.

Ganz ähnlich wie mit den Seerüstungen gegen England liegt es aber mit den Landrüstungen gegen Frankreich. Für das deutsche Volk und für ganz Europa wäre eine freundschaftliche Verständigung mit Frankreich im Augenblick viel nützlicher noch, als ein Flottenabkommen mit England. Kann und will uns die Diplomatie die Sicherheit schaffen, daß Deutschland in absehbarer Zeit an der Westgrenze nichts zu fürchten hat, dann ist die neue Militärvorlage total überflüssig. Wenn aber Deutschland sich mit England zu verständigen sucht,

um sich gegen Frankreich stark zu machen, dann darf man sich auch wieder darüber nicht wundern, daß sich ein Teil der Pariser Presse von den Berliner Neben nicht eben sonderlich entzückt zeigt. Eine Politik der Verständigung zwischen Deutschland und einer der Westmächte hat nur dann Aussicht auf ehelichen Erfolg, wenn sie sich nicht zugleich gegen die andere der beiden Mächte richtet. Und das deutsche Volk hat an einer solchen Verständigung auch nur dann reellen Gewinn, wenn man das an der Flotte gesparte Geld zu Kulturzwecken verwendet. Wenn man aber etwas weniger Panzerplatten bestellt, um dafür desto mehr Maschinengewehre kaufen zu können, wenn man gegen England weniger rüstet, um gegen Frankreich mehr zu rüsten, dann handelt es sich nur um zwei verschiedene Methoden, dem wirtschaftlichen Bankrott und der internationalen Krise entgegen zu treten.

Möglich wäre allerdings auch, daß wir nach der neuen Rüstungsvorlage auch zu einer Verständigung mit Frankreich kämen. Auch mit Frankreich sollen ja, wie verschiedentlich behauptet wird, in der letzten Zeit freundschaftliche Versicherungen, Versprechungen und vielleicht noch mehr ausgetauscht worden sein. Dann aber wäre die neue Belastung des Volkes durch die Militärvorlage erst recht vollständig sinnlos, ebenso sinnlos, wie die deutsch-englische Militärvorlage der letzten Jahre, die jetzt durch die veränderte Haltung der deutschen Regierung als ganz überflüssig anerkannt worden ist. Im Lichte der neuesten Vorgänge erscheint die bevorstehende Militärvorlage der deutschen Regierung als ein besonders schwerer politischer Fehler. Herr v. Tirpitz und Herr v. Jagow werden wider ihren Willen die besten Bundesgenossen der Sozialdemokratie gegen Herrn v. Seeringen sein.

Der Balkankrieg.

Wichtige Zusammenstöße und Entscheidungen haben sich auch in den letzten 24 Stunden auf dem Kriegsschauplatz nicht zugetragen, obwohl die Türken eine rührige Offensive zu entfalten schienen und Vorbereitungen zu einem Angriff treffen. Folgende Telegramme liegen vor:

Gefechte bei Derkos.

Konstantinopel, 10. Februar. Ein offizielles Communiqué besagt: Unsere Truppen, die sich bei Derkos befinden, befehligen, ohne Widerstand zu finden, die verlassenen Stellungen des Feindes. Der linke Flügel, der vorrückte, um den Feind auf den Höhen von Omarli anzugreifen, zwang zwei feindliche Regimenter, sich zurückzuziehen. Der Feind griff unsere Stellungen am großen See an und besetzte unsere Deckungen; aber unsere Truppen erwiderten lebhaft das Feuer und nahmen sie wieder ein. Die bei Schartaj ausgeschifften Truppen kamen in Kampf mit dem Feinde und fügten ihm einen Verlust von 200 Toten zu. Ein bulgarischer Offizier wurde gefangen genommen. Das Bombardement von Adrianopel dauert fort, ist aber nur sehr schwach.

Auf Gallipoli.

Sofia, 10. Februar. Zu den Kämpfen bei Bulair meldet die „Agence Bulgare“ ergänzend: Der Kampf war sehr erbittert. Nach einem stürmischen Angriff der Bulgaren wurden die Türken, die in beträchtlicher Stärke am Kampfe teilnahmen, zur Flucht in der Richtung auf Bulair gezwungen. Die Wirkung der bulgarischen Artillerie, sowie des Sturms der Infanterie auf die Feinde war vernichtend. Die Feinde erlitten außerordentlich schwere Verluste. Sie ließen auf dem Schlachtfelde eine Fahne, Geschütze, Maschinengewehre, Waffen, viele Munition und zahlreiche tote und verwundete zurück. Unter den Toten befanden sich 20 türkische Offiziere. Auf bulgarischer Seite sind 412 Soldaten und fünf Offiziere verwundet, zwei Offiziere sind tot.

Der Sturm auf Stutari.

Cetinje, 10. Februar. Aus amtlicher montenegrinischer Quelle: Nach dreitägigen erbitterten Kämpfen, die um die Einnahme des Bardanjak geführt wurden, ließen sich die Verluste der Montenegriner auf etwa 2500 Tote und Verwundete, auf Seiten der Türken sind etwa 4000 Mann gefallen, die auf dem Schlachtfelde liegen. Auf dem Tarabosch und bei Budiga wüthet der Kampf seit drei Tagen. Obwohl die Truppen gegen Befestigungen zu kämpfen haben, die mit starken Drahtzäunen umgeben sind, rücken sie doch schrittweise mit Erfolg vor. Mehrere Berggipfel sind genommen, die beiderseitigen Verluste sind sehr empfindlich, doch sind die genauen Verlustziffern mit Rücksicht darauf, daß die erbitterten Kämpfe noch fortdauern, noch nicht festgestellt worden.

Die Serben in Monastir gegen die Bulgaren.

Saloniki, 10. Februar. Die serbischen Behörden in Monastir ermahnen und mellen systematisch alle Personen aus, welche einer revolutionären bulgarischen Organisation angehören oder der Teilnahme daran verdächtig sind. Es verlautet, daß man gewisse Mitglieder der Organisation verhaften lasse; so sei der bulgarische Ministerpräsident Kuffor aus Saloniki auf geheimnisvolle Weise

verschwunden, welcher in Priplje in einer Rede den Wunsch äußerte, daß die Serben nicht lange bleiben möchten. Verschiedene bulgarische Wandenschulen verlassen Priplje und Monastir. Die Besserung der griechisch-serbischen Beziehungen wird an amtlichen Stellen bestätigt.

Politische Uebersicht.

Die Justizdebatte.

Auch in der Montag-Sitzung, dem zweiten Tage der Beratung des Justizetats, spielte die Frage der Klassenjustiz entscheidend mit. Die Redner der bürgerlichen Parteien befolgten die übliche Taktik, zwar im einzelnen die Mißstände zuzugeben, die mit vorgetragen sind, den Mißstand aber, das allgemeine Uebel, leugnen zu wollen. Am liebsten konnte schon die Tatsache, daß gerade dieses Thema die Debatte beherrschte, ein Beweis sein für die Existenz der Klassenjustiz, wenn es nach den maßlosen und unerhörten Erfahrungen, deren Zahl sich garnicht abzählen läßt, noch eines solchen Beweises bedürfte.

Der Fortschrittler Dr. Adas begann damit, daß er den Vorwurf der Rechtsbeugung zurückwies, und am Schluß der Sitzung sagte der Zentralkomitee-Vorsitzende etwa das Folgende, indem er seine Abwehr noch mit einigen Phrasen verschönernte, deren Banalität allerdings nicht die mindeste Beweiskraft hat. Der fortschrittliche Redner wandte sich im übrigen gegen die willkürlichen Entscheidungen über die Eintragungen ins Vereinsregister, eine Anklage, auf die der Staatssekretär mit formalistischen Einwänden reagierte. Der polnische Redner Herr v. Krampitzinski sprach zwar nicht von Klassenjustiz, unterstrich indessen die portentöse Häufung von Verleumdungsklagen im öffentlichen Interesse, die nach dem Aufstreich erhoben worden sind.

Genosse Landsberg, der als zweiter Redner von unserer Fraktion zu Wort kam, gab sich die Mühe, noch einmal zu erläutern, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und die Berechtigung dieses Vorwurfs dokumentarisch und wirklich einwandfrei zu belegen. Er betonte wieder, daß die Anklage durchaus nicht den Sinn der Rechtsbeugung hat, vielmehr den Richtern die Fähigkeit abspricht, sich von den Anschauungen und Vorurteilen ihrer Klasse zu befreien. Allerdings verlangte er aber auch vom Richter, daß gerade er alles tun muß, um seine Vorurteile zu überwinden, und er zitierte das Wort eines alten preussischen Richters, der die gewissenhafteste Selbstprüfung gerade gegenüber dem politischen Gegner forderte. Demgegenüber zitierte Genosse Landsberg auch einige Aeußerungen von Juristen, und selbst nicht der geringsten, die die Klassenjustiz geradezu als eine sittliche Forderung proklamieren. Schon diese allgemeinen Ausführungen hatten in ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit einen großen Eindruck auf das Haus gemacht, das mit Aufmerksamkeit unseren Redner anhörte. Landsberg illustrierte dann seine theoretischen Deduktionen durch eine Reihe frappanter Beispiele, bei denen auch der Fall unseres Genossen Erwig eine Rolle spielte. Die Debatte finden das Nähere im Bericht.

Wie Kriegen sich.

Eine Tragödie der deutschen Geschichte steht im Begriffe, wie ein Lustspiel von Gustav Moser zu enden. Seit sechszwanzig Jahren herrscht zwischen den Häusern Hohenzollern und Cumberland bittere Feindschaft, weil die Hohenzollern die Gelegenheit von 1866 benützt hatten, ihren monarchischen Gutsbezirk durch Annexion des Königreichs Hannover zu arrondieren. Braunschweig, das keine Herzogtum, blieb den Cumberlandn vorbehalten, aber auch nur unter der Bedingung, daß sie das etwas eigentümliche Geschäft aus dem letzten Kriege als zu Recht bestehend anerkannten und sich damit beschieden, zu nehmen, was man kriegt.

Nun hat sich der Sohn des Cumberlander Herzogs, Ernst August, dazu entschlossen, um die Hand der Prinzessin Viktoria Luise, der Tochter Wilhelms II., anzuhalten, und der Effekt wird sein, daß der genannte Welfenprinz als kaiserlicher Schwiegersohn und richtig gehender Herzog seinen Einzug in die gute Stadt Braunschweig halten wird. Ernst August Vater hat lange genug in der österreichischen Verbannung gelebt, um den Spruch schwabergelber Erbweiskheit kennen gelernt und beherzigt zu haben: „Mögen andere Kriege führen, du glückliches Oesterreich heirate“. So führt der Welfenprinz die Hohenzollern heim, und die ihm als Mitgift geschenkten Braunschweiger dürfen bald die Häuser dekorieren und Gurat freuen.

Die eroberten, freilich noch lange nicht „moralisch eroberten“ Hannoveraner dürfen bei diesem Fest ein Tränkelein im Auge zerdrücken und ihre welfischen Hoffnungen begraben. Ihr angestammter Kronprinz geht zum Feinde über, er betrat in die welfische Familie ein und wird nun wohl nicht anders können, als den sogenannten „welfischen Umtrieben“ seiner Allgezeugen im Lande Hannover mit nationalliberalen Pathos entgegenzutreten. Glücklicher Prinz! Noch glücklichere Prinzessin! Aber was Welfen!

Die Debatte von 1913 reaktivierte die Forderung des 1866. Das deutsche Volk aber hat sich im Verlaufe

Das Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Erkenntnis zu beenden, daß es ganz oder geteilt durch Eroberung oder fürstliche Gewalt genommen oder wieder weggegeben werden kann. Es hat seinen Herrschern treu zu sein, aber nicht solange, als sie nicht von einem Stärkeren überwunden sind, und es muß sein Verhältniß zu einem tapfergefeierten Gottesgnadentum sofort wieder herstellen, wenn dieses durch eine glückliche Heirat wieder in den Besitz eines Teiles seiner Macht kommt. Und da sich die Treue zum Monarchen nach der Zuständigkeitskurve zu richten hat, muß der geborene Schuppenflücker ein anderes monarchisches Empfinden haben als der geborene Würger. Woher es letzterem allerdings freisteht, durch Wechsel der Staatszugehörigkeit auch sein monarchistisches Herz neu zu orientieren.

Heute: die einsehen, daß sich solche Zustände beruhtiger Weise nicht rechtfertigen lassen, die an ihnen aber während festhalten, nennt man Verminimonarchisten.

Herr, Verminimonarchisten! Im Jahre 1912 ward China Republik. Im Jahre darauf aber erwarb der Prinz Ernst August, da er die Prinzessin Viktoria Luise ehelichte, das Herzogtum Braunschweig.

Delbrück und die Agrarier.

Der Staatssekretär des Innern sieht sich abermals geblüht, einen Angriff der Konservativen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zurückzuweisen. Er tut das in der beliebigen übervorsichtigen Form, indem er das offiziöse Blatt schreiben läßt:

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer 64 vom 7. v. M. an leitender Stelle einen Artikel, in dem über die mangelnde Vertretung der Landwirtschaft innerhalb der Reichsverwaltung, insbesondere in dem Beamtenkörper des Reichsamts des Innern, geklagt wird. Im Zusammenhang damit wird behauptet, daß im Herbst vorigen Jahres bei den Beratungen über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnotung das Reichsamt des Innern eingeschlossen gewesen sei, den § 12 des Fleischschaugesetzes fallen zu lassen, nur weil das Gesundheitsamt ihn für unbedenklich hielt.

Inwiefern der allgemeine Vorwurf mangelhafter Vertretung landwirtschaftlicher Interessen innerhalb der Reichsverwaltung berechtigt ist oder nicht, wollen wir heute nicht erörtern. Dagegen möchten wir alsbald feststellen, daß weder das Gesundheitsamt den § 12 des Fleischschaugesetzes jemals für unbedenklich erklärt, noch das Reichsamt des Innern die Absicht gehabt hat, diese gesetzliche Bestimmung fallen zu lassen.

Tatsache ist, daß das Reichsamt des Innern in der Fleischfrage auf dem Standpunkt der württembergischen und der bayerischen Regierung gestanden habe, die sich beide zwar nicht mit der Beseitigung aber mit einer Abänderung und Erleichterung der im § 12 des Fleischschau-Gesetzes enthaltenen Sperrmaßregeln einverstanden erklärt hatten. Auch der Plan, die Zufuhr von Geflügelfleisch zu erleichtern, ist an dem Widerstande des führenden Bundesrates gescheitert, wie die Wahlurne, das Reichswohnungs-gesetz und manches andere.

Agrarische Bildungsfeindschaft.

Herr v. Klitzing-Niederzange, Rittergutsbesitzer und Landrat a. D., sprach am Sonnabend im preussischen Landesökonomikollegium über die landwirtschaftliche Entwicklung in den letzten 25 Jahren. Dabei kam er auch auf die Frage der Weiterbildung der Volksschullehrer zu sprechen, zu der er ausführt:

Man hat für die Herren Volksschullehrer Universitäts-kurse eingerichtet. Es ist ja sehr anerkennenswert und nichts dagegen einzuwenden, wenn der Einzelne das Streben hat, sich fortzubilden und weiter zu kommen. Aber von Staats wegen dürfen dafür keine besonderen Einrichtungen getroffen werden. Den Volksschullehrern, insbesondere den Lehramt auf dem Lande, rufe er zu: Schuster, bleib bei deinem Leisten!

Wenn die Volksschullehrer auf dem Lande mehr lernen als die Junker, kommen die Klitzings und die Bzewitze in

eine peinliche Lage. Dazu kommt die Gefahr der „politischen Verführung“ der Landbevölkerung durch eine allzu gebildete Lehrerschaft.

Die Lehrer sollten sich den Ausspruch des Herrn von Klitzing für die nächsten preussischen Landtagswahlen merken. Leider freilich sind sie unter dem öffentlichen Wahlrecht so geknechtet, daß sie doch immer wieder die Klitzings wählen müssen.

Die Junker

Fälscher und Feinde der Staatsautorität.

Die babilische Regierung, die sich schon in der offiziellen „Dresdener Zeitung“ gegen die Angriffe der Junker im preussischen Dreiklassenwahlrecht zur Wehr setzte, läßt jetzt auch in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ einen Artikel zum gleichen Thema erscheinen, in dem es heißt:

Es hat in Baden das lebhafteste Versehen erregt, daß ein Teil der konservativen bzw. freikonservativen Presse Preußens und zwar voran die „Kreuzzeitung“, die babilische Regierung systematisch seit Jahren in einer Weise angriff, die nicht anders als tendenziös und überheblich bezeichnet werden muß. Diese Artikel erschienen dann sowohl in den babilischen Zeitungsblättern, die unter dem Einfluß des Geistlichen Rates Theodor Wader stehen, wie in dem konservativen Organe Süddeutschlands, der Stuttgarter „Deutschen Reichspost“, und trugen so nicht wenig zur Verwirrung, ja Vergiftung des politischen Lebens bei. Das Aller schlimmste an diesen Artikeln war der Umstand, daß sie ohne Rücksicht auf die Grundsätze der konservativen Partei die Staatsautorität in der letzten Instanz in der schärfsten Zone herabzusetzen versuchten. Nichtsdestoweniger und Zurücksetzungen, wie sie oft genug in dem babilischen Regierungsorgan und auch in der letzten Landtagsession durch den betreffenden Minister selbst erfolgten, wurden von der „Kreuzzeitung“ und ihrer Echololose entweder mit Lächeln und Spott überschüttet oder ignoriert. Gegenüber wurde auch einmal eine Auslassung der „Kreuzzeitung“ in ihr Gegenteil verkehrt, und dann auf Grund dieser objektiven Fälschung der Versuch gemacht, der babilischen Regierung von neuem einen Strich zu ziehen.

In Preußen beliebt es den Junkern, sich als die berufenen Hüter der Staatsautorität aufzuspielen, denn hier vertreten sie die „Staatsautorität“ durch ihre eigenen schätzenswerten Persönlichkeiten. Wenn aber jetzt eine süddeutsche Regierung ihnen den Vorwurf macht, sie fehlten die Staatsautorität herab, so wird diese Bemerkung dieselben auch in manchen Reichsamte mit einem stillen Nicken des Kopfes begrüßt werden.

Was schließlich die Fälschungen der Junkerpresse betrifft, so ist dies ein Kapitel, dessen Inhalt der Sozialdemokratie nur allzugut bekannt ist.

Der Kampf um die Besitzsteuer.

Der Abg. Erzberger nimmt im „Tag“ das Wort, um sich zu dem Vorschlag des Grafen v. Schwerin-Löwis, die einzelstaatlichen Stempelsteuern dem Reich zu überweisen, zu äußern. Er hält den Gedanken für völlig undiskutabel und begründet seine ablehnende Stellung namentlich damit, daß diese Stempelgebühren in den einzelnen Staaten ganz verschieden sind und bei einer Uebernahme durch das Reich wesentlich geändert werden müßten. Während Preußen aus seinen Stempelgebühren eine Einnahme von 65,5 Millionen erzielt, hat Bayern nur eine Einnahme von 60,000 Mk., Württemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Meiningen und eine Reihe von kleineren Staaten haben entweder gar keine Stempelsteuern oder doch nur sehr minimale Einnahmen aus ihnen. Bei einer reichsgerichtlichen Regelung würde also eine ganz erhebliche Belastung der süddeutschen Staaten eintreten, und es sei ganz ausgeschlossen, daß die süddeutschen Abgeordneten einer derart einseitigen, schweren Belastung ihrer Wähler zustimmen könnten. Ein solcher etwaiger Vorschlag des Bundesrats würde eine steuerliche Mainlinie schlimmster Art schaffen. Herr Erzberger führt dann noch ein Beispiel an: Er bezahle in Württemberg für eine Veräußerung in Grundbuchbüchern 60-80 Pfg., die ihn in Berlin nicht weniger als 137 Mk. kostet. Außerdem seien lebhafte Bedenken dagegen zu erheben, die Erbschaftsteuer und die Wertzuwachssteuer in einzelnen Staaten zu übernehmen. Der Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwis würde dem Reich eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark im Jahre liefern. Die Gerechtigkeit erfordere aber, daß diese Steuer im Sinne des Antrages Wassermann-Erzberger durch eine allgemeine Besitzsteuer aufgebracht werde.

eine starke Medizin. Er kniff schallhaft die Augen zusammen und leckte sich den Mund.

„Das geht so warm die Kehle runter“, sagte er zum alten Fegge, der auf dem Hauke lag und vor sich hin lächelte. Es war die Milz, die nach Finn-Mortens Meinung in Unordnung geraten war. Und die Milz, die war ein empfindliches Ding im Leibe. Das hatte er auch zu dem alten Doktor gesagt. Aber der lockte darüber, daß sein ganzer Lebensinhalt wackelte. „Nein, nein, mein lieber Morten-Finn, das ist doch Gicht“, hatte er gesagt. Etwas recht breimend Starles zum Einreiben sollte Morten haben, das würde schon helfen. Und etwas Starles kriegte er wahrhaftig! Keines, keines, Kollensvalter. Er war doch ein guter, lieber Kerl, der alte Doktor. Finn-Morten rief sich ein, aber bergedens. Es half nichts. Da wachte es doch wohl seine Nichtigkeit haben mit dem, was er selbst meinte, daß es ein inneres Leiden war. So kam er dazu, das Mittel zum Einreiben eben einzunehmen. Auch Mons Böll meinte, das wäre noch der reinen klaren Vernunft das einzig Richtige. Der verstand auch was von solchen Dingen. Sein Vater war der Leibarzt ein rechter Leibarzt gewesen. Und Finn-Morten trank und glaubte an das, was Mons Böll sagte.

„Starker Mann, Alter!“ Er nickte dem alten Fegge auf dem Hauke zu. Echte abemals die Flasche an dem Mund und wusch einen gehörigen Schluck. Es war wohl ein bißchen zu viel geworden auf einmal. Er verdrückte die Augen, wurde fast im Gesicht und purzelte von der Rückenlehne herab. Die Reize unter sich, blies er auf dem Fußboden hin.

„Ich dachte schon, du wärest mit ein in die Hölle“, rief der alte Fegge und packte ihn bei der Schulter.

„Nun nicht.“ Finn-Morten atmete schwer und heiser.

Der-Dorf, der alle vom Holzschuppen, sah am Fenster und hielt seine alten Schuhe. Er hatte schwache Augen und trug eine Brille, die mit weißem Wollfaden festgemacht war. Die Schuhschode war widerständig und ging schief. Und Lot-Lotte riefte die Pferde zurecht und schlug drastisch. Aber sie wollte durchaus nicht ins Leber-Meinsfahren, wie es sich doch nicht für eine rechtshaffene Schuhschode. Da wurde Lot-Lotte wütend. Denn obenwärts war es ihr, als ob die Letzte, die da in der Felten lagen, aber ihn kletterten. Der alte Mann wollte sich doch wahrhaftig nicht von diesen Dingen da zum Hanteln lassen. Er holte mit seinem Hammer zu einem letzten Schlag. Aber der Schlag ging fehl und ihm auf die Nase, mit einem der Schuhschode fest.

„Nun nicht mit dem Dreck!“ Er sprang vom Bod auf und warf den Schlag unter Bett. Die Reize, die da unten

Man verträgt sich.

Der Geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei veröffentlicht eine Erklärung, wonach sich die beiden nationalliberalen Kampfbünde Geheimrat Lubowig und Abgeordneter Schiffer wieder vertragen wollen. Herrn Lubowig wird ausdrücklich bekräftigt, daß sein Vorhaben nur von dem Wunsche eingeleitet war, dem Wohle der Partei zu dienen und daß ihm besonders ein Angriff auf den Abgeordneten Wasser-mann völlig ferngelegen habe. — Wie lange die Einigkeit dauert, läßt sich allerdings nicht sagen, umsonst aber, als heute mehr denn je zersetzende Tendenzen innerhalb der nationalliberalen Partei zum Ausdruck gelangen. So flüchtet sich zum Beispiel der antisemitische Journalist Stephan Neumann, der als Antisemit einige Zeit hindurch die Zeitung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in Händen hatte, in die freikonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten“, um dort den unaufhaltsamen Niedergang der nationalliberalen Partei zu prophezeien. Seine Ansicht nach sieht die Gesamtpartei unter dem Drucke des linken Flügel, wodurch eine Verstimmlung der gebildeten Oberschichten in drohender Nähe gerückt ist. Wenn überdies nicht alles täuscht, dann wird bei der Wählung der Wahl der Reichsverbändlers Dr. Becker im Reichstag sich der klassische Widerspruch deutlich zeigen, der in der nationalliberalen Reichstagsfraktion ohne jeden Zweifel vorhanden ist. Für die ganze politische Rechnung sind die Nationalliberalen jedenfalls ein höchst unsicherer Faktor geworden.

Landbesitzerkreise und Spionage.

Unter dem dringenden Verdachte, gegen Annahme von Bestechungsgeld ein Amtsverbrechen begangen zu haben, wurde in Kassel der Regierungsassessor L. (Name wird in dem Berichte nicht angegeben) verhaftet, der bei der dortigen Regierung kommissarisch beschäftigt ist. L. ist erst Mitte Dezember vorigen Jahres nach Kassel verlegt worden. Er kam von Kiel, wo er ein Jahr lang als juristischer Hilfsbeamter im Konsular-Botschafteramt tätig war. Als der Regierungsassessor im Botschafteramt in Kiel tätig war, verschwand aus den dortigen Akten ein Stück, so wollen Gerüchte wissen, ein Akt über eine Veratsaffäre gehandelt haben, und es wird vermutet, daß L. selbst im Interesse des Freundes die Unterschlagung ausgeführt hat. Nach Aussagen mehrerer Leute soll L. für diesen Diebstahl 40.000 Mark erhalten haben. Die Untersuchung wird von den Behörden äußerst geheim gehalten.

Unter dem Verdachte der Spionage soll in Spandau ein Leutnant, der zu der dortigen Munitionskammer kommandiert ist, in dem Augenblicke, als er den ihm bewilligten Urlaub antritt, verhaftet worden sein. Bei einer Revision in der Munitionskammer soll das Fehlen von wichtigen Konstruktionszeichnungen bemerkt worden sein, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung notwendig erscheint und für deren Verlust man den verhafteten Offizier verantwortlich machen will. Die Militärbehörden beobachten strengstens Stillhaltegebot über den Fall.

Die Fleischnot. Im Herzogtum Braunschweig mit seiner wohlhabenden Landwirtschaft ist der Viehbestand ganz erheblich zurückgegangen. Bei der letzten Zählung am 2. Dezember 1912 ergab sich gegen das Jahr 1907 eine Herabminderung des Rindviehbestandes um 9468 Stück, von 131.462 auf 122.004, und der Schweine um 20.640, von 243.423 auf 222.782. Das ist ein Rückgang beim Rindvieh um 7,19 und bei den Schweinen um 8,48 Prozent. Dazu ist der Bestand an Schafen um 19.450, von 115.171 auf 95.721 und auch an Ziegen um 3917 zurückgegangen. Die Bevölkerung ist jedoch in ihrer Personenzahl von 489.821 auf 497.691, also um 8770 oder um 1,71 Prozent gewachsen.

Wie groß die Fleischnot ist, erweist man auch an dem geringen Rückgang des Fleischkonsums in der Stadt Braunschweig. Nach der amtlichen Statistik des städtischen Schlachthofes sind hier in den vier Monaten September bis Dezember 1912 an Rindern 342, an Schweinen 2250, an Kälbern 581, an Schafen und Ziegen 260 und selbst an Hirschen 85 wertig ergeichtet worden, als in den für den Fleischmarkt schon schlechten Monaten des Jahres 1911. In Fleischgewicht umgerechnet, ergibt das einen Minderverbrauch von 475.000 Kilogramm Fleisch. Erhebliche Mengen Fleisch aber werden noch von den Landwirtschäften in die Markthalle und in die Stadt eingeführt. Auch diese Zufuhr ist, gering gerechnet, in dem angegebenen Zeitraum um mindestens 1000 Zentner zurückgegangen, so daß der Fleischkonsum in der Stadt Braunschweig in den Monaten September-Dezember gegen die gleichen Monate des Vorjahres um 623.000 Kilogramm zurückgegangen ist.

Infolge dieser Latsachen wagen die Junker, zu erklären, es gäbe keinen Fleischmangel!

Die Öffnung der Grenzen verlangt in ihrem Jahresbericht die Fleischernennung zu Leipzig. Der Geschäfts-

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberger.

Als Jouse nun am Tisch saß und ab, fragte er nach seinem Vater. Und die Mutter erzählte, daß er mit seiner Fiedel ein Tour nach Ungarn unternommen hatte. Er sollte dem jungen Hans einige alte Reizen vorspielen. Der junge Hans war beimgelehrt. Es war ihm gut gegangen die Jahre über, die er in der Fremde war. Viel Geld hatte er verdient, und ein bekannter Spielmann war er geworden.

Es war, als erwachte in Jouse viel schlummernde Sehnsucht. Auch er hatte sich seine Ziele gesetzt. Große Ziele. Er rechnete einmal von einer neuen, besseren Zeit hier in den Bergen. Hier gab es ja Naturreichtümer genug, die man sich zu machen konnte, wenn man es nur in der rechten Art und Weise anpackte und ordnete. Und die rechte Art und Weise einzuführen, darauf mußte man hinwirken.

Jouse verweilte bei seiner Mutter bis gegen Abend. Daheim bei ihr war es gut sein. Sie war eine so liebe Mutter. Und als er dann von dannen ging, brachte sie ihm ein Stück Brot. Es ging ziemlich hell berges. Und Regenblitz ging langsam. Die Nacht lag auf einem Stein sehen, um anzuschauen. Da hat sie ihn, nicht wieder so lange fortzulaufen; es war ja hier so einsam. Ganz anders war es damals bei dem Vater auf dem Haggelhof. Aber vielleicht lag es auch daran, daß sie jung war damals, als sie dort wohnte. Nun war sie alt geworden und gedreht, und das Alter lag ihr wohl auch im Gemüte. Sie begreife ihn noch ein Stückwegs. Und als er Abschied nahm, küßte sie ihn über die Wangen. Er hatte nur noch gut auf dem Weg sitzen, erachte sie ihn.

Langsam ließ sie gehen und schaute ihm nach, und als er die Bergspitzen hinter sich ließ, dachte er sich um und dachte sie mit dem Vater. Und sie dachte wieder mit ihm.

„Jouse, mein Jouse!“ Ein harter große Lärm riss ihn über das laut knallen.

„Nun an anderen Morgen lag Jouse mit der brandenden Schneewege in die Bergwelt. Der Himmel glänzte in gelber und roter. Und es lag, als wäre auch für ihn ein harter Schneesturm herab.“

„Nun an anderen Morgen lag Jouse mit der brandenden Schneewege in die Bergwelt. Der Himmel glänzte in gelber und roter. Und es lag, als wäre auch für ihn ein harter Schneesturm herab.“

„Nun an anderen Morgen lag Jouse mit der brandenden Schneewege in die Bergwelt. Der Himmel glänzte in gelber und roter. Und es lag, als wäre auch für ihn ein harter Schneesturm herab.“

saß, bekam einen Schüttelfrost und zog sich fauchend zurück. Und es donnerte hinter der Messerschleibe, die dem Alten über den breiten Hofenboden herunterging.

Eines Tages begegneten sich Jouse und Marta wieder einmal. Sie gingen eine Weile Seite an Seite und sprachen über den Bergsturz auf Julie Helles Ort.

„Ein schrecklicher Tag“, sagte Marta. Sie sah zu Boden. Es schien ihr, als wäre Jouse heute anders als sonst. Mehr wie früher. Aber sie schloß immer so viel, wenn sie bei ihm war. Nichts von dem, was sie in der Einsamkeit durchstämte, konnte sie ihm sagen. Sie kam nicht dazu, es fand sich niemals Zeit zu solchen Worten. Nur kleine Augenblicke des Schweigens. Er war stark. Ein Riese, der sie zu einer furchtlosen Sklavin machte.

Das war unangenehm. Ja. Er antwortete auf ihre Fragen, wie wenn seine Gedanken in der Ferne herumschweiften. Er kämpfte wieder mit sich selbst. Ihretwegen. Sie rühte ihm so nahe an diesem Abend. Es lag so viel große und schöne Jugend in ihren Wesen, und die bezauberte ihn. Und er erinnerte sich jenes Wintertages drüben im Westen, als sie mit einander in den schneebedeckten Wald gingen, und die Jugend um sie her laut und frohlockte. Da senkte sich der Schnee in großen Fluten lautlos über sie herab.

Sie sah zu ihm auf, und sie fragte ihn, ob er denn alle die Pläne aufgegeben hätte, für die er sich ehemals so begeistert.

Was war er doch damals für ein Himmelsstürmer. Er kam noch der Erde angehöre und gleichsam mit in die goldenen Wolken schaute, die am Himmel segelten!

Er bedachte sich eine Weile. „Nicht alle“, sagte er.

Und sie gingen ihren Weg weiter und schweigend. Dann begann er davon zu reden, wie viel hier eigentlich noch auszurichten war. Nicht allein dort unten in den Gruben. Es waren auch noch andere Minierer nötig in anderen Bergwerken, bis der Erde tieferer Schätze borgen. Diese Schätze mußten an Tage gefördert, an das Licht der Sonne gebracht werden. Man mußte sie noch tief unten in der großen Tiefe machen.

Er meinte die Schätze, die im Helle verborgen lagen, gleichsam im Graben in Anechtshaft. — Es war Arbeit nötig, diese Arbeit immer zur Geltung zu bringen. Und die Arbeitsleute mußten alle die, die selbst aus der Anechtshaft emporkommen wollten.

„Nun da“ flüsterte sie. — Wenn sie es nur wagern dürfte, wollte sie ihn umarmen und ihn küssen, wild und feurig. Er konnte ihn wieder.

(Fortsetzung folgt.)

gang im Jahre 1912 sei wegen der bestehenden Viehzucht und den daraus sich ergebenden hohen Fleischpreisen sehr vermindert gewesen. Die verschiedenen Mittel, der bestehenden Versorgung zu beugen, hätten keinen Erfolg gebracht. Auch durch die von den Stadtvorkontrollen — so auch von Leipzig — eingeführten Transporte ausländischer Rind- und Schweinefleisches sei es nicht gelungen, die hohen Fleischpreise wieder auf einen normalen Stand zu bringen. Ein wirklicher Erfolg in der Befähigung der Fleischversorgung sei nur dann zu erzielen, wenn sich die Regierung bereit finden ließe, unter Verletzung aller Erschwerungen die Grenzen zu öffnen und lebendes Vieh einzuführen.

Die preußisch-deutsche Zunftregierung wird sich natürlich hüten, dieser Forderung nachzugeben, selbst wenn sämtliche Fleischlieferungen zu der Erkenntnis kämen wie die Leipziger. Uebrigens entstammt diese „Erkenntnis“ der Leipziger Fleischmeister auch nur ihrem eigenen Geldbeutelinteresse, nicht etwa einer tieferen sozialen Einsicht.

Nationalliberale Stimpfbereitschaft. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei ist am Sonntag in Berlin zu seiner Frühjahrssitzung zusammengetreten. Dieser Sitzung ging eine Beratung der preußischen Nationalliberalen voraus, die sich mit den bevorstehenden Landtagswahlen befaßte. Durch gegenseitige Verständigung soll nach Möglichkeit jede Zersplitterung der Kräfte der liberalen Parteien vermieden werden. Spätestens vier Wochen vor den Wahlen wird ein preussischer Parteitag nach Hannover einberufen werden. In der Sitzung des Zentralvorstandes hielt Abgeordneter Wasser mann das Referat. Er besprach darin all das, was sich im Laufe der letzten sechs Jahre auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abgespielt hat. Auf die Errundungen des Staatssekretärs v. Tuppitz in der Budgetkommission eingehend, meinte Herr Wasser mann, daß gegen ein wirkliches Rückwärtsgehen in einem ziemlich wichtigen Punkte vorzugehen. Das deutsche Volk sei reich genug, für sich in Anspruch zu nehmen, selbständig zu prüfen, ob die Vorschläge der Regierung für die Erhaltung der Zolltarifpolitik unter der Weizsäckerregierung sind. Die nationalliberale Reichstagsfraktion wird die Verwaltung, Konsultieren zu können, daß durch die neue Weizsäckerregierung erfüllt wird, was im Reichstag von den nationalliberalen Rednern bereits seit Jahren verlangt wurde. Für die Deckung der Kosten sei durch den Besitzsteuerantrag Wasser mann-Gebberger der Weg vorgezeichnet.

Reichsgesetzliche Regelung des Geheimnisschutzes. Wie verlautet, gedenkt die Regierung dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche dem Handel mit Geheimnisschutzes entgegen gewirkt werden soll. In dem Kurpfuschereigesetz, das im vorigen Reichstage nicht mehr erledigt werden konnte, waren bereits Maßnahmen enthalten, die sich gegen das Geheimnisschutzes richten. Dieser Teil der Vorlage gelangte in der Kommission überhaupt nicht zur Beratung und schon damals ist der Regierung erklärt worden, sie möge die beiden Materien, Kurpfuscherei und Geheimnisschutzes nicht in einem Gesetz regeln, sondern für jede eine besondere Vorlage einbringen. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Regierung alles anwenden will, um den Geheimnisschutzes aufzuheben, scheint es sehr wahrscheinlich, daß eine Vorlage zur Bekämpfung des Geheimnisschutzes dem Reichstage zugehen wird.

Der Wankelmut, der am Montag im Dreiklassenhaus weiter heratete, gab den Jüngern abermals Anlaß, über den Staatssekretär Ledebur herzufallen. Die Sache würde unfehlbar langweilig werden, wenn nicht Herr v. Matthahn für eine lustige Abwechslung gesorgt hätte, indem er gegen die Wohnungsfrage die Drohung erklärte, daß das Dreiklassenparlament seine preussische Freiheit zu bewahren wünsche. Aber was ist solcher Jüngelwitz gegen den nationalliberalen Herrn Wöhlting, der zur Freude der Konservativen aussieht, daß der Jüngelwitz ebensoviele sozialpolitische Verständnis habe, als die Reichsämter.

Im übrigen beschäftigte man sich mit der Frage, ob der sogenannte Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin eine Vorzugung der englischen Kohle vor der ober-schlesischen bedeutet. Genosse Hoffmann trat für die Arbeiter der Wasserbauverwaltung ein und hatte aus dem Unterstaatssekretär eine Erklärung gegen unverschämte und plötzliche Entlassungen länger dienenden Arbeiter heraus. Dienstag geht die Beratung weiter.

Der Kampf um das Petroleum-Monopol. Den Reichstagsabgeordneten werden sehr in rascher Folge Vorträge über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Petroleumversorgung Deutschlands von Interessenten gehalten. Aber auch die Regierung ist nicht müde, um ihre Vorlage vor dem Untergang zu bewahren. Sie zählt in einer halbamtlichen Auslassung noch einmal alle die Gebiete auf, von denen aus Deutschland mit Leuchtöl versorgt werden kann, und kommt zu dem Schluß:

Es werden sich denn auch keine Schwierigkeiten ergeben, mit diesen Raffinerien auf der Basis der Rohölpreise zu langfristigen Abzweigungen zu kommen, wobei die amerikanischen Interessen sowohl bereit sind, der deutschen Monopolverwaltung ein Rücktrittsrecht für den Fall hoher Preise zu geben, als auch eine Obergrenze zu ziehen, bei welcher die Raffinerien unter allen Umständen liefern müßten, selbst wenn die Rohölpreise noch weiter stiegen. Die Versicherung, daß eine künstliche Monopolverwaltung auf die Standard Oil Co. angewiesen wäre, ist sonach durchaus unbegründet.

Abgelehnt. Die Meisten der Kaufmannschaft von Berlin beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der von den Scharnhamer-Industriellen veranlaßten Anfrage des Deutschen Handelsrates, ob nach den hier gemachten Erfahrungen der Schutz der Arbeiter vor Willkür bei Streiks mangelhaft sei und ob das auf das Fehlen ausreichender gesetzlicher Bestimmungen oder auf die ungenügende Handhabung der vorhandenen Bestimmungen zurückzuführen sei. Die Meisten der Kaufmannschaft sprachen aus, bei richtiger Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen müßten die jeglichen Vorschriften genügen. Ein gesetzliches Verbot des Streikpostens glaubten sie nicht anerkennen zu sollen, da der Begriff des Streikpostens rechtlich schwer zu erfassen ist und eine Belästigung der Arbeitswilligen durch viele andere Mittel (Bedrohung in der Wohnung usw.) sogar in noch höherem Maße stattfinden könne.

Ausland.

Das japanische Parlament wiederum vertagt.

Als die neue Regierung am 21. Januar das Abgeordnetenhaus berief, mochte sie wohl die Absicht haben, die Geister zu beruhigen, um Zeit zu gewinnen, die Angriffe durch Ausarbeitung eines vollständigen Programms zu widerlegen. Allein die Erörterungen waren auf Sand gebaut. Die in der Kammer berietene Budgetvorlage ist offenbar fest entschlossen, die Allmacht der Militärkaste zu brechen. Beim Wiederzusammentritt der Kammer am 5. Februar setzte die Opposition mit einem energischen Angriff ein, in deren Verlauf es zu Szenen kam, die an ungarische Beispiele erinnern.

Der neue Finanzminister Wakatsuki legte der Kammer seinen Budgetvorschlag für das Jahr 1913/14 vor. Er ist vorläufigweise in dem Rahmen gehalten, den sein Vorgänger Katoanoto gesteckt hatte. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben werden auf 585 Millionen Yen veranschlagt. Die gewöhnlichen Einnahmen weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 27 Millionen Yen auf, ein Plus, das auf das wirtschaftliche Gedeihen des Landes zurückzuführen wird. Aber andererseits sind die außerordentlichen Einnahmen um 19,7 Millionen zurückgegangen, so daß der reine Ueberschuß der Gesamteinnahmen nur etwa 7,5 Millionen Yen beträgt.

Wie sein Vorgänger, so erklärte auch Wakatsuki in seinem Entwurf, das Programm der gegenwärtigen Regierung sei größtenteils Sparmaßnahme und Verwaltungsreformen, wodurch ein jährlicher Gewinn von 50 Millionen Yen zu erwarten sei. Um ihr Ziel zu erreichen, wolle die Regierung auf Sparmaßnahmen der öffentlichen (Wohn-)bauten dringen. Dadurch hoffe sie, die Ausgaben noch unter die Einnahmen herabzubringen.

Nachdem der Finanzminister geendet hatte, erhob sich der Ministerpräsident Katsura, um seine Programmvorrede zu halten. Katsura redete sehr hauptsächlich nur über die auswärtige Politik, die in der Kammer selten Unstimmigkeiten erregt. Klein die Vorläufe des Diplomatenspiels nicht den gewünschten Erfolg bringen. Katsura hatte Katsura geendet, so erhob sich der frühere Bürgermeister von Tokio, Iwano, und beantragte im Namen seiner Partei, der Regierung die Mißbilligung auszusprechen. In seiner Begründung des Verlangens griff er den Ministerpräsidenten in heftigster Weise persönlich an. Katsuras Vergangenheit machte ihn für den Posten an der Spitze des Kabinetts vollständig unzulässig.

Eine derartige Sprache und der Antrag selbst bedeutet in einem sonst so launischen Parlament, wie das japanische, eine revolutionäre Tat. Katsuras Antwort auf die Anträge hatte keinerlei beruhigende Wirkung. Ihm sollte eines der Mitglieder der neuen Partei Katsura, Schimada, folgen. Der Chef der Regierung mußte sich nicht viel von der Redebegierde seines Parteigängers versprechen, denn noch ehe er die Tribüne erreicht hatte, zog Katsura ein kaiserliches Handschreiben aus der Tasche, das die Kammer auf fünf Tage vertagte.

Dieser Streich wirkte wie eine Bombe. In ungeheurer Erregung verließen die Volksvertreter das Haus, um sich außerhalb desselben mit einer Menge Sympathisierender zu versammeln. Das Volk kletterte die Treppe zum Parlament und brachte den Mitgliedern der oppositionellen Partei laute Ovationen dar. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten wurden aus ihren Wagen gestoßen, es wurde sogar versucht, sie in den Kanal zu tauchen. — Ein wenig versprechender Anfang für das Haupt der Militärkaste.

Die „Revolution“ in Mexiko. In der Stadt Mexiko brach eine militärische Erhebung aus. Die Regierung befehligte jedoch die Lage. Es fanden vier geladene Geschosse statt, von denen das blutigste sich vor dem Palast abspielte und mit dessen formeller Uebergabe an die Truppen endete. Die meiste Truppen, an deren Spitze die Schüler der Artzschule von Tlalpam marschierten, zogen dann nach dem Gefängnis, wo sie festlich Platz besetzten. Madero erklärte den fremden diplomatischen Vertretern auf eine Anfrage, er könne für die Sicherheit der Ausländer keine Garantie übernehmen, da es ihm unmöglich sei, zu ihrem Schutz Mannschaften von der Polizei und den Militärtruppen, von denen er über zwei bis dreihundert verfüge, abzugeben.

Ein neuer Streich der Suffragettes. Zwei Pavillons mit Orchideen im Botanischen Garten von Kew bei London wurden in der Nacht zum Sonntag schwer beschädigt. Dreizig Glasfenster wurden eingeschlagen und die kostbaren Orchideen nach allen Richtungen zerstreut. Man glaubt, daß die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts den sehr beträchtlichen Schaden anrichteten.

Am Sonnabend wurden die Telegraphenleitungen zwischen Glasgow und London durchgeschnitten. Die Unterbrechung des gesamten Verkehrs zwischen den beiden Städten dauerte mehrere Stunden. Zuerst hielt man den Sturm für die Ursache der Zerstörung, aber die Untersuchung ergab, daß auch die unter dem Erdboden liegenden Leitungen nicht arbeiteten. Die Einschaltapparate, die mit der unterirdischen Telegraphenleitung in Verbindung stehen, waren vollständig vernichtet und die Leitungen mit Scheren zerschnitten. Es herrscht kaum ein Zweifel, daß dieses Zerstörungswerk von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts ausgeführt worden ist. Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zertrümmerten übrigens am Sonntag in mehreren Klubhäusern Londons und in dem Palast des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg in Pall Mall die Fensterscheiben.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Sirchberg, 11. Februar. Auf dem Dienstwege ertrunken. In der Nacht zum Sonntag ist in Voberstein der Nachwächter Scholz auf seinem Dienstgange in den Vober gestürzt und ertrunken. Die Leiche wurde Sonntag nachmittag in Schlau von dem Stellenbesitzer Frenker gefunden, als dieser den Vober nach seinem seit dem 8. Januar verschwundenen, wahrscheinlich ertrunkenen vierjährigen Sohne absuchte.

Sirchberg, 11. Februar. Beim Maskenball verhaftet. Am 22. Januar war der Viehwärter und Handelsmann Rind, der sich hier in Untersuchungshaft befand, entflohen. Rind war aus dem Gefängnis dem Schöffengericht vorgeführt worden, das ihn wegen Hausfriedens ohne Gewerkschaft zu einer Woche Gefängnis verurteilte. Außerdem schwebten aber gegen Rind noch Unterurteilungen wegen mehrfacher Einbruchsdiebstähle. Auf dem Mitteltransport gab Rind dem Gerichtsdienst diebstahligen einen heftigen Stoß vor die Brust und entflohen. Gleich darauf verübte Rind einen Einbruch in Vobermüllersdorf, wo er sich zuletzt aufgehalten hatte. Die Bemühungen, ihn zu ermitteln, waren vorläufig vergeblich. Da erhielt die hiesige Polizei am Sonnabend Abend Kenntnis davon, daß Rind an einem öffentlichen Maskenball, der in einem hiesigen Lokale stattfand, teilnehme. Als Maske hatte sich Rind die Maske eines Räuberhauptmanns gewählt. Zwei Polizeibeamte degaben sich sofort in das betreffende Lokal und nahmen mitten im Maskengewühl den Räuberhauptmann fest. Bei der Durchsuchung fand man bei Rind ein Granaten-Memband, eine goldene Halskette mit Anhänger, eine Damenuhrkette, eine Brosche, zwei Ohringe, zwei Trauringe, einen goldenen Ring mit Stein, eine Portemonnaie mit 27 Mark Geld und eine Anzahl falscher Papiere. Die Sachen züchten sicher von Diebstählen her. Ferner hat Rind ein gutes Fahrrad bei sich, das er nach seiner Anabe dem Arbeiter Bruno Gläßer in Volsitz, Kreis Sagan, gestohlen hat. Rind wurde wieder in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Töppendorf, 9. Februar. Gemeindevorstellung. In der am 8. Februar vom hiesigen Gemeindevorsteher einberufenen Gemeindevorstellung-Versammlung ist der Stellenbesitzer und Maurer Traugott Siebal mit 13 von 16 Stimmen zum Gemeindevorsteher für den auscheidenden Schöffen Stellenbesitzer August Wöber gewählt worden. Der letztere hatte 4 Stimmen erhalten. Dann wurde der Auforderung der höheren Behörde, einen vierten Lehrer an hiesiger Schule anzustellen, zugestimmt, obgleich die Gemeinde ohnehin sehr hoch belastet ist.

Einer armen 70 Jahre alten Frau wurde eine monatliche Unterstützung von 2 Mark bewilligt. — Sie hat für mehrere Jahre Versicherungsbeiträge zur Invalidität und Altersversicherung entrichtet, doch sind diese verfallen, so daß sie keinen Anspruch nach dem hiesigen Versicherungsgesetz erheben kann.

Glogau, 11. Februar. Im Wahlverein gab am Sonntag Genosse Mohr-Freyhan den Bericht vom Preussischen Parteitag, der Anfang fand. Nach lebhafter Debatte, in der sich die Genossen zu den kommenden Wahlen zum Landtage aussprachen, wurde der Vorstand beauftragt, die Vorarbeiten bereits vorzunehmen, um dann der Versammlung das Material zur weiteren Veranlassung zu unterbreiten. Nach Erhaltung der Vierteljahresrechnung für das 4. Quartal wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Militärkategorie im Glogauer Wahlkreis ist trotz der starken Inkarnation durch die große Arbeitslosigkeit auf 819 Mitglieder gestiegen. Leider läßt die Militärkategorie viel noch zu wünschen übrig. Offiziell wird es im kommenden Vierteljahr besser. Eine Debatte entspann sich wieder über die Verhältnisse, da die Zahl der Abschiedenen der „Vollmacht“ in keinem Verhältnis zu der Zahl der organisierten Arbeiter Glogauer liegt.

Glogau, 11. Februar. Es steht dabei. So lautet das Urteil der dritten Strafkammer gegen die Verurteilung der Ge-

nossen Scholl, Malche und Kacmarek. Am 4. August v. J. wurde bekanntlich die Verurteilung in Glogau auf dem Grundstücke des Hausbesizers Malche durch den Gendarmen Hannig II aus Glogau ausgeübt, weil keine polizeiliche Genehmigung dieser Verurteilung vorlag. Ueber die Vorgeschichte dieser Verurteilung haben wir feinerzeit ausführlich berichtet. Das Gericht stellte sich sonderbarer Weise wieder auf den Standpunkt, daß die Angeklagten absichtlich nicht den Anforderungen des Gendarmen nachgegeben sind.

Auch dieses Urteil wird keine gegenwärtige Wirkung in Arbeiterkreisen nicht verfehlen. Es öffnet so mar dem Indifferenten die Augen.

Glogau, 11. Februar. Ein betrüblicher Einbruch. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Nachhader Friedrich Seibt aus Friedemost wegen 82 vollendeter schwerer Diebstähle und 16 versuchter Einbrüche zu verantworten. Der Angeklagte war lange Zeit der Schrecken der Bevölkerung im Glogauer Kreise. Man nahm anfänglich an, daß eine ganze Einbrecherbande im Kreise Glogau ihr Unwesen treibe. Und dabei macht der Angeklagte den Eindruck eines sehr schwächlichen Menschen. Daß der Mann so viel Einbrüche verüben konnte, lag an der Sorglosigkeit der Bewohner, bei denen er keine Verurteilung machte. Bei dem 84. erwerblicher Müller in Gramschütz kippte der Angeklagte zum Beispiel den acht Zentner schweren Gefäßschrank um und zerstückerte mit einem zehn Pfund schweren Hammer dann die Rücken- und Seitenwände. Bei dieser Arbeit, die das ganze Gebäude erschütterte, ist er nicht gefußt worden. Das Gericht erkannte auf zwölf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Chevreulust. Seine Frau erhielt wegen Hehlerei drei Monate Gefängnis.

Grottau, 11. Februar. Einen schrecklichen Tod hat der Sattler Leopold Sedlaczek hier gefunden. Er war dem Alkohol stark ergeben und hatte die Ungemohnheit, nachts sehr lange wach zu bleiben und zu trinken. An einem Morgen eingeschlafen und hat im Schlaf die Lampe umgeworfen. Diese ging entzündet, wobei das Bett in Flammen geriet. S. wurde vollständig verkohlt aufgefunden.

Posen, 11. Februar. Ueber die schreckliche Pluttat, die sich Freitag Abend im Dorfe Zomic im Kreise Posen-West zugezogen hat, wird noch berichtet:

Zwischen dem Mühlenselbster Sommer und seinen erkrankten Kindern herrschte nach dem Tode seiner Ehefrau wegen der Erbschaftsregulierung das denkbar schlechteste Verhältnis. Sommer verkaufte sein Mühlengrundstück an den Kaufmann Ost aus Posen. Als er nun am Freitag mit diesem, dessen Verordnungen, dem Rentier Wittchen und dem Agenten Grzybowski aus Posen auf dem Grundstücke eintraf, waren alle Türen des Wohnhauses verschlossen, so daß die beabsichtigte Uebergabe auf dem Hofe erfolgen mußte. Hierauf begaben sich die vier in den Gasthof des Dorfes, um jedoch bald wieder zurückzukehren. Als sie dicht am Mühlengrundstück angelangt waren, erhielt der Agent Grzybowski plötzlich aus der Scheunentorhalle einen Schrottschuß in die rechte Schulter, dessen widliche Wirkung nur durch den biden Winterpelz verhindert wurde. Gleich darauf trafen hintereinander 19 Kugeln in und Nebalberschüsse auf die nach dem Dorfe zu flüchtenden. Mühlenselbster Sommer erhielt einen Kugelschuß durch beide Unterarmen und einen Schrottschuß durch die Hüfte. Ost einen Kugelschuß durch die Lunge und Wittchen mehrere Schrottschüsse und einen Kugelschuß durch den Hals, der ihn sofort tötete. Herbeikommende Dorfbewohner fanden außer Wittchen auch die Leiche des Mörders hinter einer Mauer am Wegesrande. Es war der 22jährige Sohn des Mühlenselbsters. Die schwerverletzten Opfer wurden in das Krankenhaus gebracht. Das Befinden beider ist zufriedenstellend. Der Mühlenselbster Sommer und der Agent Grzybowski entgingen nur dadurch dem Tode, daß ersterer sich tot stellte, letzterer hinter eine Mauer sich versteckte. Bei Grzybowski wurden 20 Schrottkugeln aus der Schulter entfernt.

Zwei erwachsene Brüder und zwei Schwestern des Mörders wurden wegen Verdachts der Beteiligung verhaftet, doch wurde die jüngste Schwester bald wieder aus der Haft entlassen.

Crone a. Br. (Posen), 11. Februar. Verbrannt ist bei einer Hochzeit in Lubiewo ein Hochzeitsgast. Das Feuer war aus dem Schornstein entstanden und ergliff das mit Stroh gedeckte Haus, sowie auch die Scheune. Bei dem herrschenden Sturm war an eine Rettung nicht zu denken. Den Leuten sind alle Dabellkeiten verbrannt. Ein Hochzeitsgast, der in der Scheune seinen Rauch auschlafen wollte, fand in dem Feuer seinen Tod.

Aus der Geschäftswelt.

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die meisten Sportsleute auch leidenschaftliche Zigarettenraucher sind. Dies spricht sehr günstig für die Zigarette. Denn wer nach den Anforderungen des Sports nach ihr greift, der sucht gewöhnlich eine Entspannung der Nerven, Sammlung der Gedanken, Belebung des Gemüths herbeizuführen, Gründe, weshalb die Zigarette ja auch im gewöhnlichen Leben so viel geraucht wird. Freilich ist der Sportsmann meist auch zugleich ein kundiger Raucher. Dies mag die Tatsache erklären, daß die bekannte 2 Hfg.-Zigarette „Unsere Marine“, Fabrikat der größten deutschen Zigarettenfabrik Georg A. Jasmatzki in Dresden, in Sportkreisen besonders bevorzugt wird, wie sie natürlich auch bei allen anderen Rauchern wegen ihrer vorzüglichen Qualität sehr beliebt ist.





Inventur-Ausverkauf

Schluss: Mittwoch, 12. Februar.
Um eine vollständige Räumung zu erzielen, habe ich
weitere, bedeutende Preisermässigungen
vorgenommen. Ich biete eine nie wiederkehrende Kaufgelegenheit mit unvergleichlichen
Preisvorteilen.
Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4.

bis
50%

Achtung! Maurer! Achtung!

Mittwoch, den 26. Februar d. J., abends 7 Uhr, im
„Blaue auf der Orgel“, Rumpelschmiedestraße 39
General-Versammlung
10156] der Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse
der Breslauer Maurer-Gesellen G. S. Nr. 36.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung und Entlastung
des Vorstandes. 2. Vorlesung des neuen Statuts. 3. Regelung
des Gehalts. 4. Wahl des Vorstandes und Ausschusses. 5. Ver-
schiedenes. — Ein ordentlich abgestempelt. Mitgliedsbuch legiti-
miert. Der Vorstand: J. A.: Josef Paratitz.

Konsumverein „Einigkeit“ für Streben u. Umgegend

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn Knoll in Streben:

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Die Zustimmung zum Rücktritt eines Vorstandsmittgliedes.
2. Die Wahl eines Vorstandsmittgliedes.
3. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Genehmigung einer Forderung.
Mittelsbuch oder -Karte sind zum Eintritt erforderlich.
Der Aufsichtsrat: J. A.: Johann Barta, Vorsitzender.

Konsum- und Sparverein „Einigkeit“ für Briesg

und Umgegend e. S. n. i. S.
Nachtrag

zu der am 29. Dezember 1912 veröffentlichten Bilanz für das
Geschäftsjahr 1911/12.

Die Mitgliedschaft betrug am 1. Oktober 1911	697
am 30. September 1912	1397
Die Geschäftsanteile betragen am 1. Oktober 1911	12 492 RM.
am 30. September 1912	19 080
Die Einnahme der Mitglieder betrug am 1. Oktober 1911	20 910
am 30. September 1912	41 910

Der Vorstand:
Wilhelm Kianke. Gustav Schlag. Julius Kretschmer.

Die Revisionskommission des Aufsichtsrats:
Otto Schneider. Karl Farchmin. Max Sprung.

Am 8. Februar verschied unser Mitglied, Genosin **Emma Beutner** im Alter von 39 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren Briesg, den 10. Februar 1913 Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Briesg. Beerdigung: Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Polnischestr. 8 aus. 10185

Breslauer Schlichteramt. Endlicher Bericht über den Schlichteramt
am 10. Februar 1912. Der Richter betrug: 26 Kinder, 1415 Schlichter,
234 Kinder, 261 Schlichter. Nebenhand vom vorigen Jahre waren: 5 Kinder,
1 Schlichter.

Seiten- Gewicht:	Seiten- Gewicht:
45-47	79-82
42-44	78-81
35-37	70-74
53-31	71-69
46-48	79-83
41-44	75-80
36-39	72-78
44-45	77-81
39-42	72-78
32-36	64-72
28-30	60-64
23-22	58-55
59-61	102-105
53-56	95-100
42-45	84-96
44-48	92-96
35-38	76-83
28-30	62-71
55-57	71-74
54-57	79-74

Wasser- und Abwasserzähler der Ober-

Wasserzähler	Abwasserzähler
11.2.11.51	11.2.11.51
11.2.11.52	11.2.11.52
11.2.11.53	11.2.11.53
11.2.11.54	11.2.11.54
11.2.11.55	11.2.11.55
11.2.11.56	11.2.11.56
11.2.11.57	11.2.11.57
11.2.11.58	11.2.11.58
11.2.11.59	11.2.11.59
11.2.11.60	11.2.11.60

Sozialdemokr. Verein Hundsfeld
Samstag, den 16. Februar
nachmittags 4 Uhr:
Mitgliederversammlung
im goldenen Löwen. 10172

Blag. Achtung, Töpfer!
Samstag, den 16. Februar, nachm. 3 Uhr:
Vorversammlung
in der Weintraube. 10187
Kollaboration des Vereins dringend nötig.

Stadt-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr: 10101
(Gemäßigte Opernreihe).
„Zusammens Behelminis“.
„Der Fünfschüler“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
(Gemäßigte Opernreihe).
„Wagnon“.
Donnerstag, Anfang 7 Uhr:
„Erika und Jolde“.

Lobe-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr: 10107
Sonn. 100. Geburtstag Otto Ludwig:
„Der Gebirgsführer“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der guttuhrende Frack“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der guttuhrende Frack“.

Thalia-Theater
Mittwoch: Gemäßigte Opernreihe.
Abend: „Die Schöne“.
Donnerstag, Gruppe G. 2. Vorstellung:
„Das Glück im Winkel“.

Schauspielhaus
Dienstag 8 Uhr:
„Die Marine-Guzzi“.
Mittwoch 8 Uhr: 10119
„Die Kofferträger“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Der liebe Augustin“.

Circus Busch.
Schles. Jubiläumsspielspiele
Leitung Dr. Georg Ager. 10124
Mittwoch, am Freitag 4 Uhr
„Die große Schlichter-Vorstellung“
für Erwachsene: Halbe Preise
„Das Volk steht auf.“
Fabelhaftes Schauspiel von Fritz Graf.
Abends 8 Uhr
„Das Volk steht auf.“
Morgens: dieselbe Vorstellung.

Lieblich's Etablissement.
Für noch 5 Tage! 10106
Café Dea Lothl
ausführliches
Brillantes Februar-Programm.
Samstag, 16. Februar, 4 Uhr:
Rachm. Vorstellung. (KL. Preis.)

Zeltgarten.
Heute Dienstag:
Letzter Tag:
Welt-Sensation!
Wacht um die
Weltmeisterschaft
(im griechisch-römischen
Ringkampf)

Carl Saft
(Breslau) gegen
Albert
Sturm
(Berlin)
(bis zur Entscheidung).
Beginn d. Kampfes 9 1/2 Uhr.
Vorher das brillante
Programm.
per Anfang 8 Uhr.
Vorteil: Loge 1. Reihe 5 RM.
Spezial 3.50 RM. Nummeriert
Parquet 3 RM. 1. Parquet
2 RM. 2. Parquet 1.50 RM.
Eintre 1 RM. 10008

Viktoria-Theater.
Grosse Rosinen.
Anfang 8 Uhr.
Samstag 9 Vorstellungen.
Nachm. 9. bei Wasserbol in
ermäßigten Preisen. 10085

Palmengarten
Heute Dienstag:
Bookfest:
mit 10188
Prämierung
der
engsten Taille
der Damen v. 120-140 Pfund.
3 Preise.
2 Kapellen.
Entree frei! Entree frei!

Zeltgarten
Tunnel.
Sohnswürdigkeit Breslaus.
Tägliche: 10189
Doppel-Konzerte.
Wiener Schrammeln
mit Gesangsbeigaben
Entree frei. Anfang 7 Uhr.
Heute Dienstag:
Schlachtfest.

Mackel - Geburtstagsfeier.
Mittwoch 1. großen Börsenfest Sonntag.
Mittwoch den 16. Februar, früh 11 Uhr:
Morgens: 9.00. Tschirn.
Gesang: Fr. M. Soharcschewsky.
Reitation: Fr. Salta.
Kartens an der Kasse à 2. 1 u. 0.50 RM.
(für Studierende die Hälfte).
Im Vorverkauf (Samstag): 1.50, 0.75
und 0.35 RM. 10188

Pfänder-Auktion 10105
Lehnam Westendstr. 47
21. Februar er.
Erlösung bis 16. Februar er.

Abbitte! Die Schlichtungen, die ich am
1. 2. 1913 gegen den Gast-
wirt des „Deutschen Kronprinz“, Kl.
Tschirn, ausgesetzt habe, nehme ich mit
dem Rücktritt des Wirtens zurück und lasse
öffentlich Abbitte. W. Lorenz, Dr. Tschirn.
10192

Zahnersatz,
Plomben
Vally Stübing,
Dentistin,
Gartenstr. 16, 1. Etage.
Modernat. Zahnersatz und Anwendung
der neuesten Erzeugnisse auf dem
Gebiete der Zahnersatz- und Zahn-
heilkunde. 9508/2
Schnelle Erledigung. Nichtig Preis.
Es wollen sich Zahnlose u. Zahn-
kranke vertrauensv. an mich wenden.

Schallplatten
ausgeführt in 2 neuesten Schallger.
Arbeitsverf. etc.
M. Liederke, Stockgasse 3/7/75

Gedles. Möbel
für
Bräutpaare
Kompl. Eriene Einrichtung 300 Mk.
Kompl. Numb.-Einrichtung 300 Mk.
Ständiges Lager von
zich 70 Einrichtungen
Katalog und Verpackung gratis.
Liefere franko Hauptbahnhof.
Teilzahlung gestattet.
Besichtigung erwünscht. wo
Gelegenheitkäufe
in gut erhaltenen und
wenig gebrauchten
Schrank 19 Mk. Flischholz 30 Mk.
Pottstolle, Matrasse, Kissen 19 Mk.

Max Giesel,
Grosses Kollabor.
Breslau, Bräuerstr. 5.
8 Minuten vom Hauptbahnhof.

Der Anarchist
Novellen von Gottschalk
20 Pfg. früher 1 Mk.
zu beziehen durch die Expedition
und die Kolporteurs.

Königsgrund Lohe-Strasse 45/47,
Dante Platz:
Grosses Kränzchen
— Kunstwerk. —
11 Uhr: Große Blumen-Bouffée. [10148] Touren- und Garteinführer.

Max Bernsteins Zahn-Atelier
früher Ohlanerstrasse
befindet sich jetzt nur **Renschestr. 10.**
Inhaber **A. FRIEDLÄNDER.** 8929/L.

Zähne von **2 Mk.** an **Teilzahlung** pro Woche
1 Mark.

Fertige Betten	Bettfedern,
bestehend aus: Deckbett, Unter- bett 2 Klassen m. Federdick. Inhalts und neuer Füllung:	Garan. reine geschl. Gänsefed. Qualität 1 per Pfund 1,20
Qual. 1. 11,50	2 1,40
2. 14,50	3. 1,70
3. 18,50	4. 2,50
4. 22,50	5. 3,20
5. 26,50	6. 3,50
6. 30,50	7. 3,80
7. 34,50	8. 4,50
8. 38,50	9. 5,00

Spezialität: Brautausstattungen.
Julius Immerglück,
Breslau, Renschestr. Nr. 10.
Vorsand der Nachbarn. — Preisliste gratis und franko.
Lieferant des Breslauer Brautervereins.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Meyers Geographischer Handatlas
121 Haupt- und 128 Nebenkarten mit 5 Textbeilagen und alpha-
betischem Register aller auf den Karten und Plänen vorkommenden
Namen
in Leinen gebunden 15 Mark

Meyers Historischer Handatlas
Mit 62 Hauptkarten, vielen Nebenkarten, einem Geschichtsabris
in tabellarischer Form und 10 Registerblättern
in Leinen gebunden 5 Mark
Prospekte mit Probekarte kostenfrei durch jede Buchhandlung

Wir empfehlen:
Die Französische Revolution in Wort
u. Bild.
Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen
— nur 3.00 Mark. —
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Arbeitsmarkt.

50 tüchtige Hosennäherinnen
sucht Steinmez, Warthastraße 10. 9869

Akquisiteure Eduard Bornstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Strenge Maßgaben, für jede
Sache, billig, gut erhalten. Kaufmann für
Berechtigten, Neue Schwabinger-
straße 6. 9866

Reise-Blätter ca. 500 Stück, wenig
gebraucht, Stück 1,50 RM. Dr. Lebedev,
Erdgasse 3. 10184

Handzeit, auch Tisch, gibt zu billigen
Preise ab die Kollaboration Große Dre-
kengasse 32/34.

Arbeitsmarkt
Eine tüchtige Holzmäherin zur Hand
10191) weth. J. Steinmetzstr. 5, II. Schubert [10161]

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ beziehen.
Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“
keine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Miet-
gefuche, Arbeitsgefuche, Arbeitergefuche und dergl. in den
„kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Februar.

Jugendbüchereien für die Fortbildungsschulen.

Der preussische Unterrichtsminister hat angeregt, an den Fortbildungsschulen Jugendbüchereien einzurichten. Die gewerbliche Fortbildungsschule in Breslau besitzt zwar schon eine kleinere eigene Bücherei, die aber fast nur Werke und Vorlagen für den Fach- und Fachzeichnenunterricht enthält. Sie steht den Lehrern und Schülern der Schule zur Verfügung und wird sehr fleißig benutzt. Leider ist aber die Zahl der Bücher allgemeinbildenden Inhalts sehr gering, wie überhaupt die Bücherei mit etwa 1800 Bänden den Bedürfnissen einer Schule mit fast 9000 Schülern bei weitem nicht genügt.

Die städtischen Volksbibliotheken werden von den Fortbildungsschülern leider nur verhältnismäßig wenig besucht. Sie können auch allen Fortbildungsschülern nicht in der eigentlich wünschenswerten Weise zugänglich gemacht werden. Wohl aber hat sich dies bei der in der hiesigen Fortbildungsschule selbst untergebrachten Bibliothek als durchführbar herausgestellt. Die Bibliothek befindet sich im Schulhaus W. r. e. n. s. t. r. a. ß. e 27/29, wo der geimnte Fach- und Fachzeichnenunterricht erteilt wird, und das daher von fast allen gewerblichen Fortbildungsschülern regelmäßig besucht wird. Auch ist es hier möglich, daß die Schüler im Interesse selbst auf geeignete Bücher der Bibliothek zugreifen können.

Der Magistrat will deshalb die Bibliothek der gewerblichen Fortbildungsschule der Schülerzahl entsprechend ausbauen. Nach einem Kostenschlag des Direktors der Schule betragen die laufenden Ausgaben für Verwaltung und Unterhaltung 1800 Mk. und die einmaligen Ausgaben 8500 Mk., die auf vier Jahre verteilt werden sollen, so daß in diesem Jahre der erste Teilbetrag mit 2125 Mk. in den Haushaltsplan einzustellen ist.

Die kaufmännische Fortbildungsschule hat noch keine eigene Bücherei. Aus den obigen Gründen will der Magistrat auch für die Schüler dieser Schule eine solche schaffen. Die Bücherei soll ebenso wie die der gewerblichen Fortbildungsschule Werke rein fachlichen Inhalts und Bücher allerer Ordnung und unterhaltender Art enthalten, um sowohl die Weiterbildung im Berufe, wie auch die allgemeine Bildung und Erziehung der Schüler zu fördern. Für ihre Unterbringung würde das Schulhaus der kaufmännischen Fortbildungsschule in der L. a. s. c. h. e. n. s. t. r. a. ß. e in Betracht kommen.

Die Kosten der ersten Einrichtung einer Bücherei betragen nach dem Anschlag des Direktors 8500 Mk., die der Magistrat als einmalige Ausgabe eingestellt hat. Die laufenden Ausgaben für Verwaltung und Unterhaltung der Bücherei betragen laut Anschlag 2000 Mk.

Breslauer Spaziergänge.

II.

In einem früheren Artikel habe ich die Entwicklung des Südens und Südbereichs Breslaus geschildert. Über ihr haben sich noch andere Vorurteile, die sich vollständig geändert haben, in der Beobachtung und in den Bewohnern. Wir hatten vor 25 und 30 Jahren mit einer gewissen Bevölkerungsdruck zu rechnen; die Breslau in üblichen Ruf brachte. Keine größere Stadt, z. B. Berlin, Hamburg usw. hatte solche Menschen aufzuweisen, wie Breslau. Es gab Lokale, wo sich ein ausländischer Mensch überhaupt nicht hinwagen konnte, und ganze Straßenzüge, wo man abends seines Lebens nicht sicher war. Die Polizei konnte sich nur mit geladenem Revolver in diese Gegenden wagen.

Als die betrunkenen Lokale galten auf der Uferstraße "Der Seeböde", im Volksmunde bezeichnet als "Hetz zum blutigen Mord". Dort hausten die Schiffer, die nie ohne Messer ausgingen. Dann war das Lokal "zum weißen Hirs" an der Fischstraße. Dort tanzten sie in Mappelstücken. Aber diese kühnen Gänge vergingen sich erst, als die Sozialdemokraten nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes ihre ersten Volksversammlungen abhielten. Es war das einzige Lokal, was wir hatten, und die Genossen kamen mit Stöcken bewaffnet in die Versammlung, um sich vor den Angriffen der Wutigen zu wehren, die die Versammlungen sprengen wollten. Aber einmal ließ der Versammlungsleiter die Lörmacher mit Waffengewalt aus dem Saale werfen. Der "Königprinz", der "Ruffische Kaiser", der "Hüft Mäcker" kamen in nächster Reihenfolge. Jeden Sonntag

gab es eine Messerhetze und Tische und Stühle wurden zertrümmert. Ja, es kam sogar vor, daß im Saale die Tänzer ihre Tänzerinnen vergewaltigten. Die Polizei mußte mit blanker Waffe vorgehen, sonst hätte sie der schlimmen Lage nicht Herr werden können. Und in welcher schönen Tracht diese Gesellschaft herumlief. Die halbwüchsigen Jungen waren froh gekleidet. Beim weiblichen Geschlecht war es nicht besser. Ihre Frisur nannte man "Vormärztracht". Die Blusen trugen sie halb geöffnet, um ihre "Melze" vor aller Besinnlichkeit zu zeigen. Der Volksmund nannte sie "Zwiebelforen", weil sie an Markttagen auf dem Neumarkt Zwiebeln feilboten. Da gab es manchmal föhliche Kustrierte und Schläger. Der alte Gabelstange blühte vergnügt auf alle die Schaupiele, und wenn die Geschichte zu bunt wurde, da kamen die Polizisten mit blankem Säbel und hieben die Kriegsparteien mit Surra vom Platze.

O, du altes liebes Breslau, du warst so oft der Schauplatz heißer Kämpfe. Auf dem Neumarkt schlugen sich die Leute aus der großen Menge und auf dem Ring und im Rathaus die Patrioten und die Hirsche um die Herrschaft der Stadt. Das war die "schöne alte Zeit". Mit dem Gelächter ist aufgeräumt worden; die Gerichte beurteilten die Messerhetzen zu schweren Strafen. Das half doch mit der Zeit; denn so roh und gemein jene Leute waren, so feig waren sie auch. Als man endlich mit den Schmutz- und Verbrechenhöhlen aufräumte, zogen ihre Bewohner weiter hinaus auf die Dörfer.

Das "alte Oberst", das vor nicht langer Zeit ein "Vormärzbesang", hatte auch keinen besonderen Ruf; dort lagen der "Ruffische Kaiser" und der "Hüft", diese Krustfäden der "Zwiebelforen". Ueber den zweiten Oberarm führte an den Mühlen entlang eine alte hölzerne Brücke, die gar wackelig war. Auf beiden Seiten lagen Gestrübe mit Holzstücken kelleidet, und die liebe Jugend promenierte oft auf diesen Balken, wobei es oft passierte, daß einer das Gleichgewicht verlor und unter die Räder eines Wagens kam. Dann war das Gefährt groß.

Wo heute der Gneisenaplatz und der Lehmbaum ist, war ein großer freier Platz, und dahinter, wo jetzt die Langwerbestraße steht, ein großer sogenannter "Kamsgarten", wie die Breslauer ihn nannten. Der Weg auf den Dom zu, wo die alte Loge und die alte hirsche Kirche standen, war mit Brettern verriegelt, und auf dem Platze wurden Fahnenstiele abgehalten. Vor allem hielt man Vorlesungen und die berühmten Breslauer Lohrwaren feil. Die Breslauer Töpfermeister sind damals zu reichen Leuten geworden. Eisenmesser, Gemälde und Nadelgeschirre kannte man noch nicht. Die Gegenstände der Wäschereien zu lag feiler als da und war verurteilt. Von den Wäschereien, in denen sich so mancher Lebensmilde erkrankte, gibt die Sage, daß auf dem Grunde ein Kloster stand und jeder in den Nachmittags die Gloden läuten hörte. Aus Strafe wegen ihres überhitzten Lebenswandels wären die Mönche verbannt worden. Michiel Kloster müßten nicht heute aus demselben Grunde der Hirsche überlassen werden? Vom zweiten Teiche ging die Sage, er hätte überhaupt keinen Grund.

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins

muß auf einige Zeit geschlossen bleiben, da der Teil des alten Gewerkschaftshauses, wo sie untergebracht war, eingestürzt wird und die nötigen Räume im Neubau noch nicht bezogen werden können.

Die Wiedereröffnung der Bücherausleihe wird ungefähr Mitte dieses Monats rechtzeitig in der "Volksmacht" bekannt gemacht werden.

Der Konsum- und Sparverein "Vorwärts"

hat sich im Monat Januar gut entwickelt. Die Zahl der neubetretenen Mitglieder betrug 290 und übertrifft bei weitem die Zahlen der übrigen Monate dieses Geschäftsjahres. Auch der Warenumsatz hat sich bedeutend gehoben. Brachte doch der Januar einen Mehrertrag von über 11.000 Mk. gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamtumsatz in den 7 Monaten des laufenden Geschäftsjahres betrug mithin 448.108 Mk., die Mitgliederzunahme in dieser Zeit 1110.

Diese Erfolge waren aber in der Hauptsache nur dadurch möglich, daß eine Anzahl tüchtiger Funktionäre mitgeholfen hat, den Genossenschaftsgedanken weiter auszubreiten. Im Januar tagten in allen Lagerbezirken Konsumanten-Versammlungen, mit denen eine kleine Warenausstellung verbunden war. Außer den Waren des Konsum- und Sparvereins "Vorwärts" waren von verschiedenen Kaufleuten Waren beschafft und ausgestellt worden. Dadurch war es den Versammlungs-

besuchern möglich, sich leicht von der Güte der Waren des Konsum- und Sparvereins "Vorwärts" zu überzeugen. Die Ausstellung fand auch den Beifall der Besucher. Das Ergebnis dieser Versammlungen und Ausstellungen wird sich zweifellos in einer Umsatzerhöhung bemerkbar machen.

In der letzten Zeit konnte auch die erfreuliche Beobachtung gemacht werden, daß zahlreiche Mitglieder, die früher ihren Warenbedarf nicht im "Vorwärts" deckten, jetzt pflichtgemäß in ihrem eigenen Geschäft einkaufen. Der Umbau für die Verkaufsstelle in der L. a. s. c. h. e. n. s. t. r. a. ß. e geht seiner Vollendung entgegen; das Geschäft dürfte Anfang März eröffnet werden. Um den Wünschen der Mitglieder der jüngeren Stadt entgegen zu kommen, ist auch dort die Errichtung einer Warenverteilungsstelle ins Auge gefaßt worden. Allerdings muß noch eine Anzahl Mitglieder gewonnen werden, um das Bestehen einer Warenverteilungsstelle zu sichern. Es ist wohl anzunehmen, daß die Mitglieder der inneren Stadt alles aufbieten werden, um ihr Ziel zu erreichen. Am 13. Februar wird im "Goldenen Schwan", Kupferstraße, eine Versammlung tagen, die sich mit dieser Frage beschäftigen wird. (Siehe Inserat.)

* Die historischen Kostüme für weibliche Chor- und Ballettmitglieder und für Solistinnen des Stadt-Theaters, deren Monatsgehalt 300 Mark nicht übersteigt, sollen entsprechend einer allgemeinen als berechtigt anerkannten Forderung künstig von der Stadt geliebert werden. Zur Neuanfertigung dieser Kostüme hält der Magistrat einen einmaligen Betrag von mindestens 20.000 Mark für erforderlich; laufend treten hinzu 10.000 Mark für weitere Anschaffungen und Ergänzungen, so daß für das Jahr 1913 im Etat des Stadt-Theaters zusammen 30.000 Mark für die historischen Kostüme vorgesehen sind.

* Papier- und Schreibwarenhändler. Der Ortsverein Breslau des Zentral-Verbandes der Papier- und Schreibwarenhändler Deutschlands, Sitz Berlin, hielt am 8. Februar in Ehrens Hotel eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Ueber die L. i. n. e. n. -Konvention, ein Gegenstand, der sowohl den Papierhändler wie auch das Publikum gleich anzieht, sprach Herr Paul Bollmer aus Berlin eingehend und sachlich. Er empfahl die Annahme einer bereits von den Berliner Vereinen gefaßten Resolution. In dieser auch hier angenommenen Resolution wird der vom Verband Deutscher Tintenfabrikanten auf 15 Pfennig erhöhte Verkaufspreis für kleine Glaschen Essigsäure anerkannt, wenn die Tintenfabrikanten den in der Resolution enthaltenen Wünschen der Händler entgegenkommen. Herr Gustav Krügel aus Berlin hielt einen feisenden Vortrag über "Vom Wappstein zum Papier". Den Schluss bildete die Mitteilung des Redners, daß die Berliner Papier-Industrie-Ausstellung vom 3. bis 11. Mai 1913 allen Fachgenossen und auch dem großen Publikum ein im ganzen abgeschlossenes Bild des gegenwärtig hochentwickelten Standes der Papier-Industrie geben wird. Daß vom 10. bis 13. Juli 1913 in Breslau der sechste Verbandstag des Zentral-Verbandes der Papier- und Schreibwarenhändler Deutschlands tagen wird, wurde in Erinnerung gebracht.

* Gesundheitsbericht. In der Woche vom 26. Januar bis 1. Februar 1913 sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 86 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 271 Kinder geboren; davon waren 217 ehelich, 54 unehelich, 268 lebendgeboren (125 männl., 183 weibl.), 13 todegeboren (5 männl., 8 weibl.). Mit den 15 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 215 Siebefälle (121 m., 94 w., darunter 30 Ortsfremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 49 unter 1 Jahr alt (38 ehelich und 11 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Wochenbettstieber 1, Malaria 4, Diphtherie 1, Keuchhusten 1, Tuberkulose 30, Krankheiten der Atmungsorgane 27, Bruchdurchfall 15, Selbstmord 4, Unglücksfälle 5 und alle übrigen Volkskrankheiten 127. An übertragbaren Krankheiten wurden vollständig gemeldet: Diphtherie 18, Scharlach 14, ägyptische Mückenkrankheit 1, Milzbrand 1, Wochenbettstieber 1. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3509; es kamen hinzu 563, es starben 52, es gingen ab 879, so daß am Ende der Woche 3581 verblieben.

* Zwei Finger abgequetscht. In der Fabrik von Enginger (früher Guttmann) auf der Siebenhufenstraße ist am Montag vormittag wieder ein schwerer Unfall vorgekommen. Der Dreher Schäfer geriet mit der rechten Hand in die Fräsmaschine, wobei ihm zwei Finger vollständig zerquetscht wurden. Das ist in kurzer Zeit der zweite schwere Unfall in dieser Fabrik.

Das tragische Ende einer Südpol-Expedition.

Die Nachricht von dem plötzlichen gewaltsamen Tode des Kapitän Scott, des Führers der britischen Südpol-Expedition, traf in London in drei kurzen Telegrammen aus Damaru in Neuseeland ein. Die Nachricht erregte hier tiefe Bestürzung und großes Bedauern. Obgleich noch keine anderweitige Bestätigung, vor allem Dingen noch nichts von amtlicher Seite vorliegt, gibt man doch hier auch in eingeweihten Kreisen wenig Hoffnung, daß sich diese Trauerbotschaft als ein Irrtum herausstellen möchte. Auch fehlen jetzt noch alle Einzelheiten darüber, wer zur unglücklichen südpolischen Neisegesellschaft gehörte. Die letzte der Meldungen aus Neuseeland besagt, daß der Kapitän Scott am 18. Januar den Südpol tatsächlich erreicht hat. Auf dem Rückwege wurde der tüchtere und erfolgreiche Forscher und seine Begleiter von einem ungemein heftigen Schneesturm überrascht und die ganze Expedition kam in diesem Schneesturm bis auf den letzten Mann ums Leben.

Nach hier aus dem Damarugebiete eingetroffenen Meldungen fand man an Kapitän Scotts Leiche wichtige Aufzeichnungen, wonach er am 18. Januar 1912 Kapitän Amundsen norwegische Flagge auf dem Südpol vorband.

Amundsen über Scotts Tod.

Der bekannte Südpol-Forscher Amundsen, der sich augenblicklich in Madison im Staate Wisconsin befindet, reiste, als er die Nachricht von dem Tode seines Freundes, des Kapitän Scott erhielt, sofort nach New York. Er rief den Ueberbringer der Trauerbotschaft zu: "Schrecklich, schrecklich. Amundsen findet es unbegreiflich, daß die Expedition, trotzdem sie sich in unmittelbarer Nähe ihrer Verpflegungsorte befand, verunglücken konnte.

Kapitän Scott hat sich in der mittelmäßigen Welt einen guten Namen erworben, als Führer der von ihm in den

Jahren 1901-1904 unternommenen englischen Südpol-Expedition. An dieser Expedition nahm auch der Leutnant Shackleton teil, der dem Südpol seinerzeit bis auf 21 geographische Meilen nahe kam. Nun rüstete Scott mit Hilfe der englischen Regierung und der geographischen Gesellschaft eine neue Expedition aus, für die etwa 900.000 Mark zusammengebracht wurden. Scott trat die Reise mit einem Stabe von 60 Männern an, unter denen sich sechs Gelehrte, fünf Seccoffiziere und zwei Ärzte befanden. Unterdessen hatte schon Amundsen den Pol erreicht, der übrigens von der Anwesenheit Scotts wußte und, im Falle auch dieser den Pol erreichte, für ihn Schriftstücke niedergelegt.

Kunst und Wissenschaft.

Die noch immer nicht zustandgekommene deutsche Südpol-Expedition nach Spitzbergen. Unter dem Vorherrsche des Kommandanten von Wrettenbach hat in Berlin eine gemeinsame Sitzung des Berliner und Frankfurter "Skomitees" für die deutschen Forscher im Polareis stattgefunden. Der Frankfurter Vorschlag, eine Südpol-Expedition nach der Nordwestküste von Spitzbergen auszurücken und von dort aus Schichtenreisen zu unternehmen, wurde angenommen. Es ist beabsichtigt, sobald die nötigen Mittel flüssig sind, ein Schiff zu chartern oder anzukaufen und Anfang März die geplante Expedition anzutreten.

Wenn auch die Südpol-Expedition dann vielleicht zu spät kommen wird, so tut das nichts. Die Hauptsache ist, daß man in höheren Kreisen wieder einmal Gelegenheit hat, von sich reden zu machen. Interessant ist der Hinweis, daß man ein Schiff mieten oder kaufen will, sobald die nötigen Mittel flüssig gemacht sind. Merkwürdig. Sollte sich in der großen Kriegskrisis Deutschlands nicht ein Schiff für diesen Zweck finden. Der Reichstag wird sicher nichts dagegen einzuwenden haben, wenn eins der Schiffe statt zu den bekannten Nordlandsschiffen, die doch lediglich dem Vergnügen dienen, auch einmal verwendet wird, um deutsche Gelehrte zu retten.

Bemerktes.

Ein Bergsturz. Ein Bergsturz, der sich auf dem Bergtum von Sir Jan Colquhoun in Glenae (Schottland),

am letzten Freitag ereignete, richtete dort riesigen Schaden an. Durch die letzten schweren Schneestürme und Regenfälle wurden die Gesteinsmassen müde gemacht. Ein großer Teil an der Spitze des Berges gab nach und tausende Tonnen von Fels- und Trümmermassen saßen in das Tal hinab. Durch die Gesteinsmassen wurde die Landstraße versperrt und das Bett des Croe-Flusses ausgedehnt. Es bildete sich ein riesiger See. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen. Ein Schafherde mit seiner Familie, der in der nächsten Nähe wohnte, entkam nur mit knapper Not dem Verderben. Durch ein ohrenbetäubendes Geräusch alarmiert, sah er, wie in ein paar Minuten der ganze Berg sich zu bewegen begann. In aller Eile stürzte er mit Frau und Kindern davon, und schon im nächsten Augenblick fielen die Felsmassen wie eine Lawine herab und begruben sein Häuschen und alles, was in der Nähe war unter sich.

Der entsetzte Kronprinz. Von den Kaisertagen in Rönigsberg berichtet eine Königsberger bürgerliche Zeitung folgende Episode:

Am Vor-Donnerstag wandte sich der Kronprinz an die dort aufgestellten Kriegerveteranen mit kurzen Ansprachen. Ein junger Major trat an und fragte den Kronprinz, was er wohl für ein Gehalt beziehe. "Neunzig Mark monatlich, Kaiserliche Gehälter!" Der Kronprinz sah den jungen Mann darauf an und fragte ihn wie erleichtert aufatmend: "Aber es steigt doch noch?" Was ihm bejaht wurde.

Das Entstehen des Kronprinzens beweist, daß ihm gar nicht bekannt ist, wie überaus niedrig die Gehälter der Unterbeamten sind. Natürlich kann er sich keinen Begriff davon machen, in welchem großen Notstand das Volk lebt, wenn er gelegentlich mal an Festtagen jemand fragt, wie hoch sein Gehalt sei.

Kaisergeburtstagfeier. - Kaiserliche Sitzung. Bis weit mit dem Vortreten in der Begegnung monarchischer Veranlassung im Zentrumslager schon gekommen ist, berichtet ein Inserat in der "Medlinghäuser Volkszeitung".

Knapenverein St. Barbara, Suberwald. Am Sonntag, den 2. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr Familienabend. Kaisergeburtstagfeier, anschließend Partysitzung.

In dieser Feier sind besonders auch die Damen mit ihren Damen eingeladen.

Wenigstlicher Radfahrer. Auf der Tauentienstraße rief ein Radfahrer mit einem Radfahrer zusammen. Die Dichtung des Wagens traf den Radfahrer an der linken Brustseite, so daß er schwer verletzt und sein Fahrrad beschädigt wurde.

Grober Unfug. Heute früh kurz vor 4 1/2 Uhr wurde der Feuerwehler auf der Michaelisstraße wieder multivillig eingeschlagen, abgezogen und die Feuerwehler unwillig dorthin gerufen.

Vermisst wird seit dem 8. Februar die 68 Jahre alte Tischlerin Theresia Marthas geb. Anderel, Lutetiastraße 14.

Frecher Straßenraub. Einer Ehefrau, die mit ihrem Manne zusammen am Sonntag abends die Kaiserstraße entlang ging, entriß ein vorübergehender Mann die Handtasche und ergriff damit die Flucht. Der Ehemann der Verübten verfolgte ihn jedoch, und als er dem Räuber auf den Fersen war, warf dieser die Handtasche fort. Der Räuber entkam.

Verloren wurden ein Geldbeutel, eine Invalidenkarte, ein Portemonnaie mit einem goldenen Ring, eine Zigarrentasche mit Monogramm M. S., ein goldenes Armband, eine Straßenbahnkarte, eine Schlüsselkette, eine chinesische Vorkassette mit 160 Mk., eine rote Lederkassette mit 180 Mk., ein gebrauchter Dreibrümmen mit vier Messingknöpfen und mehrere Portemonnaies mit Inhalt.

Gefunden wurden ein Schlüsselbund, ein Nähmaschinen-Obergestell, ein Fahrrad, eine Brille, eine silberne Damenuhr mit Kette, eine Zeichnung, ein Damenschirm und eine silberne Damenuhr. Zu erfragen im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Verene und Versammlungen.

Säckelfeier. Wie bereits angekündigt, veranstaltet Prebiger Richter am nächsten Sonntag, dem Geburtstage Ernst Säckels, pormittags 11 Uhr eine Matinee im großen Saal. Der Richter spricht über die Bedeutung der Entwicklungsgeschichte für die moderne Philosophie und Weltanschauung. Eintrittskarten bei Barasch und Pringsheim, Gartenstraße, und an der Kasse.

Aus Breslau (Vand) Neumarkt.

Neumarkt. Die hohen Wadepreise in der Warmbadeanstalt. Das hiesige Gewerkschaftsamt beschloß in der vorletzten Sitzung, beim Magistrat um Ermäßigung der Wadepreise nachzusuchen. Es beabsichtigte, größere Mengen von Wadepreisen zu einem entsprechend billigeren Preise zu kaufen, um somit den Arbeitern zu ermöglichen, von dieser Wohltatseinrichtung auch einmal Gebrauch machen zu können. Der Magistrat ließ nachstehendes Antwortschreiben an das Gewerkschaftsamt gelangen:

Ihrem Gesuch um Ermäßigung des Preises der Wadepreise der Warmbadeanstalt für die Arbeiterkassen hiesiger Stadt vermögen wir mit Rücksicht darauf, daß der Wadepreis nur die Selbstkosten deckt, nicht zu entsprechen.

Wir unterlassen aber nicht, vor aufmerksam zu machen, daß Brausebäder zum Preise von 15 Pfennig genommen werden können und empfehlen, von dieser Einrichtung größeren Gebrauch zu machen.

Die Arbeiter von Neumarkt sehen aus diesem Antwortschreiben wieder, daß die städtische Behörde stets dann verweigert, wenn es gilt, einmal etwas für sie zu tun. Einen abschlägigen Bescheid hätte man von dem sonst so opferfreudigen Magistrat kaum erwartet. Schließlich kann dem Magistrat noch verriet werden, daß in anderen Orten die Brausebäder nur mit 10 Pf. berechnet werden, wofür der Badende noch ein Handtuch und ein Stück Seife erhält.

Schmoltz. Unsere Mitgliederversammlung am Sonntag war gut besucht. Trotzdem die Gastwirte ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen, hat sich doch jemand gefunden, der uns aufnimmt. Der Redner hielt einen kurzen Vortrag über das Entkommensteuergesetz, dem die Mitglieder mit großem Interesse folgten. Dann kam der bedauerliche Umstand zur Sprache, daß viele Gewerkschaftler noch den Gastwirt Schirrmacher ausschließen, obwohl er sein Lokal für Arbeiter nicht hergibt. Das darf nicht vorkommen. Zum Schluß erwähnt der Vorsitzende, recht eifrig weiterzuarbeiten, damit wir auch in Schmoltz einmal vorwärts kommen.

Deutsch-Lissa. Fahrrad diebstahl. Sonnabend, den 8. Februar, wurde dem Arbeiter Hermann Reimelt aus Herrmannsdorf, welcher bei Kaufmann Rieger, Breslaustraße, Einkäufe besorgte, sein Fahrrad, das er unbeaufsichtigt am Schaufenster stehen ließ, gestohlen. (Markt Beobachter Nr. 1074.)

Gewerkschaftsbewegung.

Jahresbericht der Ortsverwaltung Breslau des deutschen Transport-Arbeiter-Verbandes für das Jahr 1912.

Das Geschäftsjahr 1912 hat sich für die Organisation günstiger gestaltet als die früheren Jahre, die bessere Wirtschaftslage hatte die Arbeitslosigkeit gehoben. Die Organisations- und Agitationsstätigkeit hat nennenswerte Erfolge erzielt. Die Mitgliederzahl ist von 8000 auf 8500 gestiegen. Auch im verfloffenen Berichtsjahre waren zahlreiche Lohnbewegungen und mancherlei Differenzen mit den Arbeitgebern zu verzeichnen. Es sind nicht unwesentliche Vorteile für die Beteiligten erreicht worden, allerdings war es nicht möglich, allen Wünschen gerecht zu werden. Lohnbewegungen fanden statt bei der Firma Gebr. Guttmann, Maschinenbau-Anstalt der Vintz-Dorfmann Werke, Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft, Schleifischen Montan-Gesellschaft. Bei den Fensterreinigungs-Geschäften ist es nach langen Unterhandlungen zum Abschluß eines Einheitsarbeitsvertrages gekommen, der für alle Beteiligten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht hat. Die Kino-Angestellten haben sich fast vollständig dem Verbande angeschlossen. Auch die Theaterarbeiter haben sich im Berichtsjahre dem Verbande angeschlossen und bilden gegenwärtig eine ständige Gruppe. Die Eisenbahner, die eine besondere Sektion im Verbande bilden, sind weiter vorwärts gekommen.

Die Verwaltung ist auch auf sozialpolitischem Gebiete tätig gewesen, insbesondere in Bezug auf die Regelung der Sonntagarbeit. Die Einnahme der Hauptkasse pro 1912 betrug 89.006 Mk. An Unterstützung für Erwerbslose, Kranke, Bedürftige, Zuschüsse z. Veranlagung der Hauptkasse 88.778 Mk. Die Ortskasse verzeichnete insgesamt 84.050 Mk. Nach allen Ausgaben verbleibt pro 1912 ein Bestand von 16.023 Mk.

Im Arbeitsnachweis meldeten sich im Berichtsjahre 1117 Personen als arbeitslos. Von Firmen z. wurden zur Beschäftigung fester Stellen 710, zur Ausbildung 70 gemeldet. Wiewohl durch den Nachweis wurden 888 für fest und 819 zur Ausbildung. Der durchschnittliche Arbeitslohn betrug pro Woche 20-24 Mk.

Die Bibliothek der Ortsverwaltung umfaßt 3682 Bände.

Die Agitation unter den Kohlearbeitern war eine äußerst lebhaft; vor allem hatte die Verwaltung das Bestreben, die Arbeiter des Breslauer Kohlenvereins zu organisieren, da in diesem kapitalistischen Betriebe noch die unglücklichsten Zustände herrschen, von denen die Mitglieder gar keine Ahnung haben. Leider ist es noch nicht gelungen, die Einigkeit unter den Arbeitern zu erzielen, doch hoffe zu erwarten, daß auch die Kohlenarbeiter bald zu den Gewerkschaften gelangen werden, daß sie bessere Verhältnisse erreichen können, wenn sie unter dem Schutze einer Organisation stehen.

Stadt und Provinz.

Aktion, Nachbilder und Buchbinderarbeiten! Die Sperrung über die Buchdrucker A. Stenzel vorn. Dremser & Minuth ist aufgehoben, nachdem die Lohnforderungen des Buchbinderpersonals bewilligt worden sind. Dagegen wird der Betrieb der Firma W. Krage & Co., Papierwarenfabrik, bestritt; er ist somit nach wie vor gesperrt.

Deutsches Reich und Ausland.

England. Musikerstreik. Zweihundert Theatermusiker streikten seit gestern abend. Sie verlangen eine Lohn-erhöhung. Es handelt sich in der Hauptsache um die Musiker der kleineren Vorstadttheater.

Mehr als 3000 Herrenkonfektionsmacher beschloßen in einer Versammlung, am 1. März die Arbeit niederzulegen, wenn nicht eine allgemeine Lohn-erhöhung bewilligt wird.

20. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Berlin, den 8. Februar.

Schöner Verhandlungstag.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge wird beschlossen, daß an künftigen Konferenzen die besten Vorkommenden, Kassierer, Redakteur und ein Vertreter des Ausschusses teilzunehmen haben. Im weiteren wird der Zentralvorstand beauftragt, ein Vorlage auszuarbeiten über eine Versicherung gegen Unfall für diejenigen Mitglieder, welche im Austrage der Organisationsfunktion ausüben, jedoch nicht dem Vorstande schon heute die Ermächtigung erteilt, in solchen Fällen Unterstützung zu gewähren.

Demner wird ein Antrag angenommen, der besagt, daß die sogenannten „fremdgeschriebenen“ Kameraden, die sich unter sich bekämpfen, bei Erweisen aus dem Verbande auszuschließen sind. Alle Anträge, die Vermehrung mit dem Bauarbeiterverbande wollen, werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Für die Kommission, die gewählt wurde zur Beratung der Anträge, die sich auf Änderung der Beitragshöhe und des Bezugsjahres der Arbeitslosenunterstützung beziehen, berichtet R. B. (Kassierer).

Nachdem im Plenum nochmals beschlossen wird, den Beitrag nach dem tatsächlichen Stundenlohn zu berechnen, wird auf Antrag durch nämliche Abstimmung die Kommissionsvorlage mit 50 gegen 45 und 5 Stimmen Entschaltung in Ueb. angenommen. Nach dieser Vorlage werden die Beitragswochen von 40 auf 42 Wochen pro Jahr festgesetzt. Der wöchentliche Beitrag wird in 12 Klassen abgestuft und soll betragen in

Kohull.	1 bis inkl. 35 Pfg.	Stundenlohn	Für die Zentralkasse 40 Pfg.	Für die Lokalkasse 10 Pfg.
2	36 bis 40	"	45	10
3	41 " 45	"	50	15
4	46 " 50	"	55	15
5	51 " 55	"	60	20
6	56 " 60	"	65	20
7	61 " 65	"	70	25
8	66 " 70	"	75	25
9	71 " 75	"	80	30
10	76 " 80	"	85	30
11	81 " 85	"	90	35
12	über 85	"	95	35

Die Unterstützung bei Arbeitskämpfen wird in allen Klassen um ein Weniges erhöht. Früher betrug sie täglich in der untersten Klasse 1,80 Mark und stieg bis zur höchsten Klasse auf 2,60 Mark, in Zukunft beträgt sie 2 Mark in der niedrigsten Klasse und steigt auf 3,10 Mark in der höchsten Klasse. Mitglieder im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft erhalten in allen Klassen pro Tag 40 Pfg. und im zweiten Jahre ihrer Mitgliedschaft in allen Klassen pro Tag 20 Pfg. weniger an Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung kann bezogen werden, wenn das Mitglied 60 Wochen Beiträge bezahlt hat; das Bezugsjahr soll von 52 auf 56 Wochen erhöht werden. Weiter wird beschlossen, daß Mitglieder nach Absolvierung der Bau- oder Tischlerlehre in ihre alten Rechte eintreten, wenn sie vier Wochen am Orte gearbeitet haben. Die Karenzzeit ist in jedem einzelnen Falle von Arbeitslosigkeit durchzumachen. Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn ein vorheriger Fall von unterstühter Arbeitslosigkeit noch nicht über 24 Arbeitswochen zurückliegt. Die Arbeitslosenunterstützung wird bis zur Dauer von 36 Arbeitstagen gewährt. Wer für 36 Tage hintereinander Arbeitslosenunterstützung bezog, ist ausgereizter Arbeitslosenunterstützung und in derjenigen Zahlstelle ausbezahlt, wo das bezugsberechtigste Mitglied mindestens vier Wochen Mitglied ist und sich kontrollieren läßt.

Die Höhe der täglichen Unterstützung richtet sich nach der in ununterbrochener Mitgliedschaft geleisteten Gesamtzahl und der Höhe der in den letzten 42 Wochen vor dem Bezugs geleisteten Beiträge. Haben sie Beiträge in der 1., 2., 3. oder 4. Beitragsklasse gezahlt, so erhalten sie nach Leistung von 60 Wochenbeiträgen pro Tag 50 Pfg. Diese Unterstützung steigt sich, um nach 228 Wochenbeiträgen auf täglich 1,50 Mark anzuwachsen. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen Beiträge in der 5., 6. oder 7. Beitragsklasse gezahlt haben, erhalten Unterstützungen von 75 Pfg. täglich nach Leistung von 60 Wochenbeiträgen, steigend auf täglich 1,75 Mark nach Zahlung von 228 Wochenbeiträgen. Seine Mitglieder, die in den höchsten Beitragsklassen während der letzten 42 Wochen gezahlt haben, erhalten nach 60 Wochenbeiträgen täglich 1 Mark, steigend auf 2 Mark nach Zahlung von 228 Wochenbeiträgen.

Zur Reiseunterstützung wird folgender Absatz neu geschaffen: Die während der Zeit vom 1. Januar bis 31. März etwa bezogene Arbeitslosen- und Reiseunterstützung kommt von der für den nächsten Winter (ab 1. Dezember) zu beziehenden Reiseunterstützung nicht in Abzug.

Die Unterstützung der Familien der betriebl. Mitglieder wird ebenfalls um Weniges erhöht; sie soll in der 1. Klasse pro Tag 40 Pfg. betragen und sich steigern bis zur 12. Klasse auf 1,50 Mark pro Tag.

Den Bericht für die Kommission, die zur Beratung der Gehaltsregulierung gewählt war, erstattete R. B. Berlin. Danach soll das Grundgehalt für den 1. März 1913 1. Kassierer und 1. Redakteur 2700 Mark betragen und jährlich um 100 Mark steigen bis zum Höchstgehalt von 3600 Mk. Das Grundgehalt der übrigen im Zentralbureau beschäftigten Kameraden soll 2500 Mark betragen und ebenfalls jährlich um 100 Mark steigen bis auf 3400 Mark. Das Gehalt der Hilfsarbeiter soll mit 2400 Mark anfangen und bei einer jährlichen Steigerung von 100 Mark auf 3000 Mark steigen. Als die Bau- und Zahlstellenbeamten soll das Grundgehalt 2900 Mark betragen und ebenfalls jährlich um 100 Mark steigen bis zur Höchstgrenze von 3800 Mark. Falls die Zahlstellen-Beschäftigten diesem Beschlusse zustimmen, besteht der Ortsverbanden, so soll der Vorstand die Differenz bis zur nächsten Generalversammlung tragen. Ferner sind für jene Kameraden, die 3 bis 4 Jahre lang keine Gehalts-erhöhung bekommen haben, einmalige Zulagen von 100 bis 200 Mark vorgesehen. Die Kommission möchte ferner den Vorstand beauftragen, einen Anstellungsvertrag auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Ferner soll der Vorstand die nächsten Generalversammlung einen Vorschlag unterbreiten, nach dem die Bezahlung der Ortsbeamten auf die Hauptkasse übertragen wird. Die Vorschläge der Gehaltsregulierungskommission wurden ebenfalls in Ueb. angenommen. Die Bestimmungen haben vom 1. Januar d. J. ab rückwirkende Kraft.

Der Vorstand wird beauftragt, bei der nächsten Vorstandskonferenz die Frage zur Erörterung zu bringen, was im Falle eines Krieges oder einer Verhinderung in Frage der Arbeitslosenunterstützung zu geschehen hat.

Das Statut soll mit Ausnahme der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung am 1. März d. J., die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung soll jedoch erst am 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Als Sitz des Verbandes wird Hamburg wieder bestimmt und der bisherige Vorstand inkl. des Redakteurs (en bloc) einstimmig gewählt, desgleichen bleibt der Ausschuss in Berlin und wird R. B. wieder als Vorsitzender dieser Körperschaft bestimmt. Der Vorsitzende Schrader dankt für die Wahl und das Vertrauen und verspricht namens aller Verbandsbeamten, in der bisherigen Weise die Geschäfte des Verbandes zu führen. Redakteur Reumann führt dann noch aus, daß schließlich eine der Zahlstellen von einem Landgericht zum politischen Verein erklärt worden ist mit der Begründung, daß im Verbandsorgan nur Sozialdemokraten, ohne Widerspruch der Zahlstellen, zum Worte kämen. Der Verkauf der Generalversammlung und die Zustimmung zur Haltung der Presse haben bewiesen, daß die Kameraden genau wissen, daß der es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen ernst meint, dies nur im Sinne der Sozialdemokratie tun könne. Die Haltung des „Zimmerer“ sei bisher dementsprechend gewesen und so werde es auch in Zukunft bleiben.

Nach Abschließworten der ausländischen Delegierten und nach dem Schlußwort des Vorsitzenden Schrader wird die Generalversammlung nicht geschlossen, sondern nur vertagt.

Neueste Nachrichten.

Der Balkankrieg.

Frankfurt a. M., 11. Februar. Ueber die militärischen Operationen der sich im Felde gegenüberstehenden Feinde wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel geschrieben: Am letzten Freitag wurden die türkischen Truppen in der Gegend von Ulaiv gezwungen, sich zurückzuziehen. Am Abend vorher hatten die Bulgaren auf die türkischen Stellungen einen Angriff mit verstärkten Kräften unternommen. Der Kampf wurde mit kurzen Unterbrechungen stundenlang mit dem Bajonette geführt. Schließlich gelang es aber den Türken wieder die Bulgaren zurückzuziehen. Die Türken zogen dann ihren Vormarsch auf Ulaiv fort. Gestern früh griff eine türkische Division die Höhen von Kaltmani, gegenüber von Ulaiv, die von 8000 Bulgaren besetzt waren, mit dem Bajonette an. Die Bulgaren wurden auch hier wieder zurückgeworfen und die von ihnen bereits besetzten Positionen genommen. Eine andere Kolonne, die auf Nisepht zu marschierte, stieß am Morgen auf den Feind. Der Kampf verlief äußerst mörderisch.

Konstantinopel, 11. Februar. Im türkischen Kriegsministerium sind verschiedene Meldungen eingetroffen, wonach Schirri Pascha, der tapigere Kommandant von Adrianopel, drei von den Bulgaren bisher besetzte Forts nach langem, erbitterten Kampfe den Bulgaren wieder genommen habe. In drei eroberten Forts befanden sich gegen tausend bulgarische Soldaten, die alle niedergemacht worden sein sollen.

Der Statari.

Cetinje, 11. Februar. Die Serben und Montenegriner haben in den Kämpfen um Statari während der letzten Tage an Toten und Verwundeten über 6000 Mann verloren.

Das tragische Ende einer Südpol-Expedition.

London, 11. Februar. (Telegramm der „Schl. Ztg.“) Zu dem Untergange der Südpol-Expedition des Kapitan Scott wird noch gemeldet: Als am 30. Oktober, nach Ende des Winters, noch keine Nachrichten von Kapitan Scott eingelaufen waren, wurden zwei Hilfs-Expeditionen abgesandt. Die eine stand unter dem Kommando des Arztes Wilson, die andere unter der Führung des Mr. Wright. Die zweite Expedition, der sich noch vier Herren angeschlossen, hatten sieben indische Mantel mit. Sie nahen Proviant für drei Monate mit. Den sog. One ton camp fand man in vollständiger Ordnung mit aufgestapelten Vorräten vor. Von dort aus ging die Expedition Wright auf der Südfelste vorwärts und fand am 12. November das Zelt Scotts. Als man es betrat, bot sich der Expedition ein trauriger Anblick. Denn darin lagen die Leichen des Kapitan Scott, des Dr. Wilson, der an der Spitze der wissenschaftlichen Expedition stand, und des Leutnants Bowser von der indischen Armee. An der einen Leiche war ein Zettel, auf dem stand: „Der erste Tote war der Seemann Edgar Evans.“

Hier bricht das Telegramm ab. Die Nachricht von dem Untergange der Expedition Scott kam nach einer Meldung aus Terra Nova gestern in Christchurch an, wofür sie von den überlebenden der Expedition unter dem Kommando des Leutnants G. R. Evans überbracht wurde. Die Totalkasse umfaßt außer Scott, Wilson und Bowser noch den Kapitan Peates. Die Trauerkunde wurde von Lord Curzon, dem Präsidenten der königlichen geographischen Gesellschaft, dem König mitgeteilt, der der Gesellschaft sein warmstes Beileid ausdrücken ließ. Frau Scott ist über New York und San Francisco auf dem Wege nach Neu-Seeland. Sie fuhr mit dem Dampfer „Abruzzi“ von San Francisco ab. Ihre letzten Worte waren: „Ich hoffe meinen Mann in nächster Zeit in Neu-Seeland wiederzusehen, und ich hoffe, daß man ihn nicht so sehr vermisst, als ich ihn vermisst.“ Das Schiff ist mit Telefunkenvorrichtungen ausgestattet. Daher wird Frau Scott wahrscheinlich die Nachricht von dem tragischen Ende ihres Gatten noch unterwegs auf hoher See erfahren.

Madero geflohen.

New York, 11. Februar. Der Präsident Madero ist von allen seinen Anhängern verlassen nach Vera Cruz geflohen. General Blanco Velazquez, Viz von Mexiko, brachte die Entschlossenheit, die Regierung der Vereinigten Staaten Mexiko zu erklären. In Washington fand eine Sitzung der Kabinets statt, in der über die Lage und die Gestaltung der Dinge in Mexiko beraten wurde. Die Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas beschloß, je ein Schlachtschiff nach Vera Cruz, Mazatlan und Acapulco zu entsenden.

Eisenbahnunfall.

Essfurt, 11. Februar. Am 10. Februar, 8 Uhr 30 Minuten abends, entgleiste der Personenzug 508 bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Dielebach infolge falscher Weichenstellung auf Gleis 4 durch Auffahren auf dem Weichenfeld beim Einfahren. Die hinter der Lokomotive laufenden drei Güterwaggons mit neun Militärpersonen nach Würzburg und Rudolfsburg wurden hierbei in die Tiefe geschleudert. Sechs der Militärpersonen wurden getötet, vier schwer verletzt. Der Kommandant des Regiments Nr. 20, Oberstleutnant Rühlmann und drei Unteroffiziere wurden ebenfalls schwer verletzt.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung. Montag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Köln, Dr. Böck. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Den Anträgen der Kommission entsprechend wird die Wahl des Abg. Seid (natl.) für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. v. Lieber (Soz.) Beweisüberhebung beschlossen.

Stabs des Reichsjustizamts

Abg. Dr. Blaf (Vpl.): Gegen den Vorwurf einer Klassenjustiz müssen auch meine Freunde unseren Richterstand in Schutz nehmen. Ebenso unbedingt muß der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen die Schwurgerichte zurückgewiesen werden, der von einem Landgerichtspräsidenten in der Juristenzeitung erhoben wurde. Der Minister des Innern in Preußen hat die Polizeibehörden angewiesen, die Amtsgerichte darauf aufmerksam zu machen, daß die dem Deutschen Verzeiverein angehörigen Vereine nicht in das Vereinsregister einzutragungsfähig seien. Entsprächen die Amtsgerichte und dann auch die Landgerichte dieser Anregung nicht, so sei an den Minister zu berichten. Das ist ein ganz unerbörter Eingriff der Verwaltung in die Rechtspflege. (Sehr richtig! links.) Jedes Amtsgericht wird heutzutage Mannes genug sein, der Verwaltungsbehörde bei dem Versuch der Einmischung in die Rechtspflege gründlich die Tür zu weisen. (Zustimmung links.) Herr von Dallwitz scheint zu glauben, daß auch der Sekretär des Reichsjustizamts sein junger Mann sei. Der ist eingetragen worden, obwohl er ein politischer Verein ist. Warum wird Herr v. Dallwitz nicht aufstehend gegenüber Herrn v. Jagow, damit er hier einen Einspruch erhebt. Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eingetragen worden, ohne daß der Polizeipräsident v. Jagow Einspruch erhob. Wenn Amtsgericht Charlottenburg ist der Verein reichstreu Männer für Wilhelmsdorf und Umgebung eingetragen worden und ebenso eine Satzungsänderung, die besagt, daß kein Mitglied einer freimütigen oder sozialdemokratischen Partei in den Verein aufgenommen werden darf. Man sieht, wozu die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei der Rechtspflege führt; umso schärfer muß Widerspruch erhoben werden, wenn die Verwaltungsbehörde sogar contra legem (dem Geleite gegenüber) sich einen Einfluß zu sichern sucht, wie es durch den Erlass des preussischen Ministers geschehen ist. Es wäre verhängnisvoll, wenn es dazu käme, daß man im Volke sagte, die preussischen Richter haben nur ihrer Ueberzeugung zu folgen, und außerdem den Weisungen der Verwaltungsbehörden. (Zust. h. d. Vpl.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Böck: Wenn ein Verein in das Vereinsregister eingetragen ist, der wegen seiner Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke nicht eintragungsfähig ist, so hat jeder Staatsbürger das Recht, die Löschung zu beantragen. Etwas anderes hat doch auch der preussische Minister des Innern mit seinem Erlass, der die Löschung bestimmter Vereinsten anregt, nicht getan. Von einem Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit kann dabei gar keine Rede sein. Der Hund der Landwirte, ein politischer Verein, hat seine Eintragung beantragt, und davon wurde der Verwaltungsbehörde Kenntnis gegeben. Diese kann bei einem politischen Verein Einspruch erheben, muß es aber nicht tun. Da sie es nicht getan hat, mußte die Eintragung erfolgen, die Justizbehörde konnte gar nicht anders verfahren.

Abg. v. Krampe (Vole): Da bei der Interpellation über das preussische Eintragungsgesetz der Staatssekretär des Reichsjustizamts nicht hier war, mache ich ihn jetzt darauf aufmerksam, daß dieses Gesetz im Widerspruch zur Reichsverfassung steht. Mit der Erhebung von Verleumdungsklagen im öffentlichen Interesse ist bei den Strafprozessen im Ruhrrevier in haarsträubender Weise Mißbrauch getrieben worden. Die Urteile dort zeigen, daß die Richter dem Volksempfinden ganz fernstehen. Darüber haben auch wir in den politischen Landesstellen ganz außerordentlich zu leiden. Politische Richter werden überhaupt nicht mehr in diesen Landesstellen angestellt. In Preußen ist die Rechtspflege ja Nebenache, und es kommt nur auf die Besinnung an. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Abg. Belzer hat neulich gegen die Zulassung einiger Rechtsanwältinnen protestiert. Es war bisher unter den deutschen Rechtsanwältinnen nicht üblich, den Kollegen als Konkurrenten zu bezeichnen. Jeder ehrenhafte Kollege ist uns willkommen. Unwille besteht in Rechtsanwaltskreisen nur darüber, daß frühere Richter und Staatsanwälte, die sich in ihrem Beruf aus besonderen Gründen nicht halten können, und von der Anwaltskammer abgelehnt werden, dann vom Ehrengerichtshof in Leipzig als Anwälte zugelassen werden. So war es der Fall bei einem Berliner Staatsanwalt, der bis über den Hals in Schulden steckte, von einem Betrüger ein größeres Darlehen erhalten hatte und dann gegen denselben Betrüger als Staatsanwalt auftrat. Selbstverständlich war der Mann unhaltbar, als der Sachverhalt herauskam, und er mußte aus seinem Amt ausscheiden. Die Zulassung eines solchen Mannes durch den Ehrengerichtshof ist geradezu unerhört. Die deutsche Rechtsanwaltschaft soll kein Abladeplatz sein für Hauschutt aus anderen Berufen. — Sehr wünschenswert wäre es, wenn der Staatssekretär durch Abänderung der Zivilprozessordnung das Einkommenslimitum von 1500 Mark — eine Summe, die den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr entspricht, (Sehr richtig!) auf 2500 Mark erhöhen würde. — Die Ueberlastung des Reichsgerichts meinte der Staatssekretär, könne nur gehoben werden entweder durch eine Vermehrung der Zahl der Senate oder durch eine Abänderung der Zivilprozessordnung. Damit meinte er jedenfalls eine abermalige Erhöhung der Revisionssumme. Gegen eine solche Absicht legen wir von vornherein Verwahrung ein. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wenn die Zahl der Prozesse zunimmt, muß selbstverständlich die Zahl der Richter vermehrt werden. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß dann die Einheitlichkeit der Rechtspflege in Frage stehe. Das ist vielmehr der Fall, wenn man die meisten Prozesse beim Oberlandesgericht erben läßt. Wie kann das Oberlandesgericht in Solmar im Elsaß eine Ahnung haben von der Rechtspflege des Oberlandesgerichts in Posen! Dagegen können selbst 20 Senate beim Reichsgericht sehr wohl ihre Rechtspflege gegenseitig kontrollieren. Jedenfalls aber hat es eine gewisse Bedeutung, wenn das Oberlandesgericht eine Instanz über sich weiß, die seine Entschlüsse nachprüft. Es gibt Oberlandesgerichte, bei denen die Sachen, die keiner Nachprüfung unterliegen,

Seberfachen

genannt werden, weil man in solchen Fragen freilich von der Seber urteilen kann. (Heiterkeit und Hört, hört!) Diese Bezeichnung besagt genug; sie beweist, daß erhebliche Beweisanzüge der Parteien ganz anders gewürdigt werden, wenn die Revision zulässig ist. — Herr Polische hat neulich seine Juristenbeihilfe mit einer englischen Einrichtung bekundet, die sich bei seinen Gesinnungsgenossen leider immer zeigt, wenn jenseits des Kanals irgend etwas Rückständiges eingeführt wird, er hat uns mit seiner Rede vorgetragen, daß man dort die Prügelfestung für die Richter und Kuppler eingeführt habe. Mir erscheint es sehr naheliegender, wenn man glaubt, daß diese Verbrechen durch die Einführung der Prügelfestung verschwinden würden. Denken Sie

an das Beispiel Dänemarks, wo der würdige Justizminister Albert die Prügelfestung einführt — beinahe wäre er für selbst zum Opfer gefallen (Heiterkeit) — und wo man sie nach einigen Jahren wieder abgeschafft hat. Wenn überhaupt eine löbliche Strafe abbrechen könnte, dann müßte es doch in erster Reihe

die Todesstrafe

sein. Über hat man erst mal die Erfahrung gemacht, daß in Ländern, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, mehr Mordtaten begangen werden? Die Statistik beweist doch das Gegenteil. Gegen Kuppler und Zuhälter geht man am sichersten vor, wenn man dafür sorgt, daß die soziale Lage der erwerbsfähigen Frauen eine bessere wird und diesen Verbrechern so die Objekte für ihre Verführung entzieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Darauf kommt es an, nichts aber erreicht man damit, daß man sie widerwärtigen Exekutionen unterwirft, die verrohend wirken müssen auf alle Teile, auch auf die, die die Prügel zu applizieren haben. (Sehr richtig!) Wie wenig maßgebend übrigens für unsere Zustände die von dem Abg. Polische zitierten englischen Verhandlungen sind, beweist die von ihm angeführte Aeußerung des englischen Kriegsministers, er sei zwar ein Gegner der Prügelfestung, aber ganz lasse sich die Prügelfestung aus der Klemme nicht befeigen. Ich hoffe, daß Herr Polische kein Anhänger der Prügelfestung in unserer Armee ist. (Abg. Dr. Dertel: Doch!) — Der Resolution Schiffer über das Vorläufsrecht von Gemeinde, Staat usw. bei Zwangsversteigerung von Grundstücken werden wir zustimmen. — Würden wir ein Gesetz gegen die Schuldkliteratur machen, so würde sie sicher

auch das „Kapital“ von Karl Marx

darunter stehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bleiben doch heute so viele dramatische Cochonnerien frei, während Hauptmanns „Weber“ erst vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden mußten und trotzdem immer wieder verboten wurden. Nun einige Worte zur Behandlung unschuldig Verhafteter. Ganz typisch ist der Fall des Sattlers Nieme, der wegen Mordverdacht zwei Monate in Untersuchungshaft saß. Seine Unschuld stellte sich in solcher Weise heraus, daß alle Vorbedingungen zur Entschädigung erfüllt waren. Verwilligt wurden ihm als Ersatz für entgangenen Gewinn beim Handel mit Weidnachtsbäumen 75 Mk., als Auslagen für den Umzug 40 Mk. und Verteidigungskosten 24 Mk. Von dieser Summe wurden aber noch abgezogen Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haft 27,50 Mark. Und die Beschwerde hiergegen wurde vom preussischen Justizminister verworfen. (Zurufe links: Unerbört!) Von denen, die nicht unschuldig in Untersuchungshaft gelassen haben, verlangt also der preussische Justizminister wohl noch nachträgliche Bezahlung der Verpflegung. (Heiterkeit.)

Wenn wir hier über Klassenjustiz klagen,

wird das Bestehen derselben von anderer Seite bestritten, Herr Warrnat meinte, unsere Klagen entspringen nur dem Haß der Sozialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Er mag seine Mahnungen zum Vertrauen an seine nähere Umgebung richten. Herr Liebert, der ihm ja nahe steht, hatte wegen Verleumdung die Verurteilung eines Mediziners in Baden nur zu 25 Mk. Geldstrafe erreicht und seine Verurteilung wurde von der Karlsruhe Strafkammer verworfen. Da schrieb die Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie: Im Großherzogtum Baden muß ein Gegner der Sozialdemokratie schon aufrieden sein, wenn er überhaupt eine geringfügige Bestrafung eines Genossen durchgeht. Hier wird den bairischen Richtern direkt der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Wir erheben den Vorwurf der Rechtsbeugung durchaus nicht. Der Sinn unseres Vorwurfs der Klassenjustiz ist,

daß die Richter unfähig sind,

sich von Anschauungen und Vorurteilen freizumachen, die sie mit der Kulturmilch eingesogen haben. Das hat ja auch Herr Kollege Belzer zugegeben, als er sagte, die Richter gehören den bevorzugten Klassen an und sind von ihrem Milieu abhängig. Auch einige andere Redner, die sonst gar keine Abneigung gegen Vanalitäten haben (Heiterkeit links), sagen, das ist ja ganz selbstverständlich, niemand kann aus seiner Haut heraus. Weshalb nimmt man aber die Richter nur aus einem bestimmten Milieu, warum muß wenigstens in Preußen ein Referendar den Nachweis eines bestimmten, gar nicht unbedeutlichen Vermögens führen, um zugelassen zu werden, weshalb befördert man mit Vorliebe Richter, die sich in politischen Prozessen bemerkbar gemacht haben? Wenn ein Fanatiker mit beschränktem Gesichtskreis unter dem Banne des Einbruchs steht, das Streikpaster stehen sei ein fürchterliches Verbrechen und müsse verboten werden, so läßt man über derartige Vorurteile und sagt, es sind Früchte einer Weitanschauung, die nicht gerade mit sehr großen geistigen Anstrengungen erkauft ist. (Sehr gut!) Vom Minister aber muß man verlangen, daß er sich redlich bemüht, Herr aller Vorurteile zu werden, die er mit der Kulturmilch oder im Kreise Gleichgesinnter eingesogen hat. Jeder Richter sollte sich die Worte des alten preussischen Richters Bornemann im Prozeß Jacobi ins Herz graben: „Je größer die Klust ist, die mich von einem politischen Gegner trennt, der als Angeklagter vor mir steht, um so sorgfamer gehe ich zu Werke, um so gewissenhafter prüfe ich mich, wenn ich zu Gericht sitze.“ Der Reichsgerichtsrat Mittelstedt meinte dagegen, die Richter sind Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung,

und sollen ihre Macht gebrauchen,

ehe die Todfeinde dieser Ordnung, die Sozialdemokraten, die Macht in die Hände bekommen. (Hört, hört!) In der „Post“ erhebt ein Richter gegen die Staatsgewalt den Vorwurf, die Gefahren der sozialen Revolution zu mäkeln, Streiks schüren nach ihm den Klassenhaß, er ruft auf zur Schärung um das monarchische Banner, damit wir nicht allmählich der Revolution entgegenstecken. Gnade dem Sozialdemokraten, der in die Hände eines solchen Mannes gerät! An diesen Artikel mußte ich denken, als ich das

Urteil der Breslauer Strafkammer

las, das aus Anlaß der letzten Reichstagswahl über den Parteisekretär Strowig und mehrere Gefährten verhängt wurde. Sie waren in einem Dorfe der ungeschicklichen Handhabung beim Wahlakt entgegengetreten und hierbei hatte Strowig dem Wahlvorsteher, der sich entgegen einem Ministerialerlass auf die Anweisung seines Landrats berief, gesagt: Das ist ja alles Unsinn, was Sie da reden, Ihre macht Euch hier auf dem Lande die Gesetze, wie Ihr wollt. Wir werden Euch das ansprechen! Als sie auf Anweisung des Wahlvorstehers von etwa 20 Leuten hinausgeworfen waren, hatte Strowig diesen derselben zugerufen: Ihr wollt Arbeiter sein! Pst! Schämt Euch! Wegen Hausfriedensbruch wurden alle beurteilt, Strowig mit drei Monaten Gefängnis, und wegen der Verleumdung des Wahlvorstehers noch mit 4 Wochen und wegen der Verleumdung der Leiden Arbeiter mit 2 Wochen Gefängnis. (Lebhaftes Hört, hört!) Das Urteil wirkt ihm vor, er habe lediglich in frivolster Weise seine Machtstellung als Abgesandter der sozialdemokratischen Wahlleitung zeigen wollen. Das Reichsgericht konnte an den tatsächlichen Feststellungen nichts ändern und mußte die Revision verworfen. Ich sehe nicht an zu erklären, es ist eher ein volleres, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen. (Leb. Zustimmung bei den Soz.)

In einem anderen Orte wollten zwei Arbeiter, die als Konkurrenten im Wahllokal waren, es nicht dulden, daß aus einer Kassebüchse, die als Wakturme diente, die Wahlumschläge der Reihe nach herausgenommen und übereinander geschichtet wurden. Sie wurden wegen Annäherung eines öffentlichen Ortes mit 4 Monaten Gefängnis bestraft, (Leb. Hört, hört!) obwohl sie lediglich aus dem idealen Beweggrund, das Wahlgeheimnis zu schützen, gehandelt hatten. Ein Kollege dagegen, der einem Wähler den Wahlzettel entziehen hatte und ihm einen Konserbativen aufdrängen wollte, beantragte der Staatsanwalt nur mit einer Woche Festung zu bestrafen, weil seine Beweggründe ideal gewesen seien. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Und die Strafkammer sprach ihn überhaupt frei. (Hört, hört! bei den Soz.) Diefelbe Strafkammer sprach auch einen Wahlvorsteher, bei dem die ungeheuerlichste Wahlfälschung durch eine Reihe einmündiger Jungen erwiesen war, mit der Begelndung frei, die Vorwürfe seien so ungläublich, daß man diese Handlungen dem Angeklagten nicht zutrauen kann. (Leb. Hört, hört! bei den Soz.) Diese Strafkammer scheint eine Filiale der Darmherzigen Brüder zu sein! (Heiterkeit!)

Noch ein paar Worte zur Streikjustiz. In allen Ständen gibt es als oberstes Gesetz, daß der einzelne sein Interesse gegen das der Gesamtheit zurückstellen hat, und die Richter haben hierfür bei organisierten Parteien, bei Fabrikanten, die ihrem Unternehmertum anschließen, bei Kaufleuten und Handwerksmeistern, Verständnis, überall lassen sie den Gemeinwohl gelten.

Für Verfehlungen von Arbeitern aber, die der Ansicht sind, daß auch ihre Klagen Genossenschaft haben müssen, hat man in weiten Richterkreisen kein Verständnis.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Arbeiter sieht den Arbeitswilligen selbstverständlich als unläuteren Konkurrenten an, genau mit demselben Recht wie der Handwerker und Bauer ihre Berufsgenossen, die unter einem angemessenen Preise verkaufen. Es kommt hinzu, daß wenn eine Lohnbewegung von Arbeitern siegreich durchgeführt wird, an den Früchten dieser Lohnbewegung die Arbeitswilligen in demselben Maße teilnehmen wie die Streikenden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Die Arbeitswilligen wollen also, daß andere für sie die Kosten aus dem Feuer holen. Das sind natürlich Erwägungen, die eine starke Erbitterung bei den organisierten Arbeitern gegen die Arbeitswilligen erzeugen. Ferner kommt hinzu, daß die Richter, die doch sonst sehr gut den geringen Bildungsgrad der Arbeiter kennen, bei solchen Streitverfahren auf einmal verlangen, daß sie ihre Lebensweise vollständig einrichten nach dem Rezept des seligen Herrn Knigge. Das beweist eben, daß sie sich nicht genügend bestreben,

die Klassenurteile, von denen sie beherrscht werden,

zu bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die harten Strafen erklären sich hauptsächlich aus der Antipathie der Richter gegen den Streik (Sehr richtig! bei den Soz.) und aus der Vorstellung, daß die Handlungen, die man so hart bestraft, geeignet sind, den Unternehmern Arbeitswillige zu entziehen. (Strenge Zustimmung bei den Soz.) Wegen der Worte „Pst! Streikbrecher!“ werden wochenlanges Gefängnisstrafen verhängt. Unternehmer aber, die die Unfallsversicherung außer acht lassen, kommen mit ganz geringen Strafen weg. Bekannt sind ja auch die lächerlich geringen Strafen bei Verstößen gegen das Kinderchutzgesetz, die so minimal sind, daß es für den Unternehmer viel rentabler ist, sie auf sich zu nehmen, als die Verpfichtungen zu erfüllen, die das Kinderchutzgesetz an ihn stellt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich will durchaus nicht behaupten, daß jeder Arbeitswillige ein Lump sein muß, aber sicher sind das solche Elemente, die immer erst dann arbeiten, wenn es gilt, ihren Standesgenossen in den Rücken zu fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Alle diese Vorfälle geben uns das Recht, zu sagen, daß Richter und Staatsanwälte nicht immer — mehr: sagen wir nicht — ihre Vorurteile bei Ausübung ihres Berufs zurückstellen. Das gibt uns das Recht, ja es legt uns die Pflicht auf, von einer Klassenjustiz zu sprechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ich schreibe mit der Hoffnung, daß es uns gelingen möchte, durch unsere Vernehmungen beigutragen zur Verminderung der Menschenopfer, über die unsere Rechtsprechung hier hinweggeht. (Leb. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Holz (Ztr.): Wenn werden unverständliche Urteile gefällt; aber solche Klagen werden auch nicht verschwinden, wenn die „wellsinnigen“ Richter erjert würden durch ihre Benutzen oder unbenutzen Kritiker. Unser Richterstand ist zu gesund, als daß ihm eine solche Kritik schaden könnte. Redner regt eine Revision des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung an, um schwindelhaften Unternehmungen das Panowert zu legen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen und namentliche Abstimmungen). Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Oberschlesien.

Neustadt S.-S., 7. Februar. Christliche Prägelnheiden. Und willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein. Mit diesem Sinnpruch operieren unsere Christen bei dem kleinsten Vorkommnis unsererletzt immer, wenn es gilt, die „Kohle“ der Genossen als Schreckgespenst an die Wand zu malen. Auf sich selber vergessen sie dabei ganz. Deswegen ihnen etwas ins Stammbuch und um zu zeigen, wie es christlich-nationale Männer verstehen, christlich-nationale „Kollektalität“ handgreiflich beizubringen. Bei den hiesigen christlich organisierten Schuhmachern, bezw. deren Leitung, gilt es schon als schweres Verbrechen, mit seinem neben ihm stehenden frei organisierten Arbeiterkollegen Worte zu wechseln. So hoch erhaben denken sich diese Aufgewertschaffler. Nun sollte es aber doch in einem hiesigen Betriebe einen solchen Sinder geben. Auf diesen richtet sich nun der Born seiner christlichen Kollegen. Kleine, nicht die Rede werte persönliche Feindschaften zwischen ihnen wurden dieser Tage nun benutzt, um dem Betreffenden nach Fabrikfluß aufzulauern und ihn fürchterlich zu verprügeln. Der eine dieser Feinden, der sich stolz zweiter Vorsitzender nennt, gewent wohl auf diese Weise seinem Kollegen den gehörigen Respekt einzubläuen. Oder sollte dieser Vorgang bereits eine Wirkung der Bekümpfung ihres Leib- und Magenblattes, die Neustädter Zeitung, sein, die für die Einführung der Prügelfestung so sehr schwärmt. Ja, die Zentrums-„Presse“ bildet. Wie wir feststellen, wird übrigens diese liebevolle Behandlung die der christliche Kollege von seinen gar fröhlichen Gesinnungskollegen erjert, ein gerichtliches Nachspiel erfahren.

Abniggstätte, 11. Februar. Das Lohnstück. Während der vorgestrigen Schöffengerichtssitzung bei dem königlichen Amtsgericht in Königsbrunn kam aulegt eine Verleumdungssache zur Verhandlung, die von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr dauerte. Es handelte sich um gegenseitige Verleumdung zweier Frauen. Nicht weniger als 19 Zeugen waren vorgeladen worden und beide Parteien ließen sich durch Rechtsanwältinnen vertreten. Das Gericht erkannte förmlich auf 2000 Mark Geldstrafe. Beide Parteien werden Verurteilung einlegen. — Das lohnt sich wirklich!

